



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
3. Sitzung	Donnerstag, 22. Mai 2014 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Stefan Semela, Präsident
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Christine Brüesch Ferdinand Senn
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Christian Bossard Peter Huber Olivier Moor Markus Renggli Christoph Villiger Ueli Zulauf (kommt später)
Ende der Sitzung	23.10 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2014/21	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	26
2	2014/22	Inpflichtnahmen von Lisa Dikk, SVP, und Marion Möllerke, SP	27
3	2014/23	Einbürgerungen	27
4	2014/24	Rechnung 2013	28
5	2014/25	Rechenschaftsbericht 2013	32
6	2014/26	Neubau Kindertagesstätte Goldiland, Kirchweg 70; Kreditgenehmigung	34
7	2014/27	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf; Projekt und Kredit von 440'000 Franken	48
8	2014/28	Wasserversorgung, Notwasseranbindung mit der Gemeinde Untersiggenthal; Kreditgenehmigung	49
9	2014/29	Umfrage	50

Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Christian Bossard, Peter Huber, Olivier Moor, Markus Renggli, Christoph Villiger und Ueli Zulauf. Es sind somit, abzüglich der zwei noch nicht vereidigten Einwohnerräte, 32 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17.

1 2014.21 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Stefan Semela: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist am 12. Mai 2014 folgender, dem fakultativen Referendum unterstellte Beschluss des Einwohnerrates vom 3. April 2014 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Projekt und Kredit von CHF 805'000 für die Strassen- und Werkleitungssanierung Tobelstrasse, Kirchdorf.

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Dem Gemeinderat war es leider nicht möglich, das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Parkraumkonzept auf die heutige Sitzung zu beantworten. Die Antwort erfolgt an der nächsten Einwohnerratssitzung.

Ich möchte Sie noch über das weitere Vorgehen betreffend Überarbeitung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Einwohnerrats informieren. Den Parteien werden diese Woche die Entwürfe der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Einwohnerrats als Synopse zur Vernehmlassung zugestellt. Dies mit der Bitte, bis am 20. Juni 2014 Stellung zu nehmen, damit der Fahrplan eingehalten werden kann. Geplant ist, dass der Einwohnerrat die Änderungen an der Oktobersitzung verabschiedet. Die Volksabstimmung wird am 28. November 2014 durchgeführt. Auch der Bevölkerung werden diese Änderungen zugänglich gemacht. Ab nächster Woche stehen die Synopsen auf der Gemeindewebseite für allfällige Stellungnahmen zur Verfügung.

Zu den Grill- und Begegnungsplätzen Grütt und Bachmatt, möchte ich Sie ebenfalls noch orientieren. Der Grill- und Begegnungsplatz Grütt ist soweit fertiggestellt und in Betrieb. Der Grill wurde neu installiert und die Sitzgelegenheiten wurden erneuert. Der Spiel- und Begegnungsplatz Bachmatt ist schon recht weit fortgeschritten. Die Spielgeräte sind fast alle fertiggestellt und von der Bevölkerung bereits mit grosser Freude in Beschlag genommen. Für die Fertigstellung der Umgebungsarbeiten muss der Spielplatz nochmals abgesperrt werden. In der Woche vom 23. – 27. Juni 2014 erfolgt die geplante Bacherweiterung durch den Zivilschutz. Am 16. August 2014 wird der Spielplatz anlässlich einer kleinen Feier eingeweiht. Die Kosten bewegen sich im Rahmen des bewilligten Kredits.

Ein weiteres Thema wäre das Oederlin-Areal, worüber ich noch gerne informieren würde. Der städtebauliche Wettbewerb ist per März 2014 abgeschlossen worden. Bis Ende dieses Jahres werden die dritte und die vierte von sechs Phasen in Angriff genommen. Dies sind die Vorbereitung und die Durchführung des Projektwettbewerbs, welcher auf einen der Vorschläge des städtebaulichen Wettbewerbs basiert.

In der neuen BNO ist vorgesehen, dass auf der bisherigen WG3-Zone Oederlin eine Nutzungsplananpassung erfolgen wird. Das Ziel ist, dass die Gestaltungs- und Nutzungsplanung parallel bearbeitet werden. Dies setzt aber voraus, dass im Vorfeld der Gestaltungsplanung wichtige Eckwerte wie Abstände zu Gewässer und Kantonsstrasse, Längen- und Höhenmass sowie Nutzungsdichte vom Kanton und der Gemeinde verbindlich festgelegt sind. Angedacht sind in diesem Areal bis zu 15'000 m² Bruttowohnfläche, welche an exklusiver Lage am Wasser entstehen sollen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass an diesem Standort vor Baubeginn die Behebung der bestehenden Altlast erfolgen muss. Dabei handelt es sich um ca. 23'000 m³ belastetes Material. Dafür müssen mehrere Millionen Franken vorinvestiert werden. Im Zusammenhang mit der Umwandlung des Oederlin-Areals in Wohnraum – es werden sich 200 - 300 Personen ansiedeln – erhält auch der Mättelisteg als direkte Verbin-

dung zum Bahnhof Baden für unsere Gemeinde eine neue Bedeutung. Der Steg soll gemäss Planung der beiden bisher beteiligten Gemeinden Baden und Ennetbaden ca. 2017 in Abhängigkeit des Bottabades realisiert werden.

Die Traktanden der nächsten Einwohnerratssitzung sind: Modernisierung der Strassenbeleuchtung, Konzept und Umrüstung auf LED; Modernisierung der Abwasseranlagen Talacker, Steg und Oederlin; Legislaturziele; Kreditanträge für den Ersatz eines Schlauchverlegers und eines Verkehrsbusses der Feuerwehr; Projekt Kommunikation und Beantwortung des Postulats der SVP-Fraktion betreffend Parkplatzbewirtschaftung.

Franziska Grab, Vizeammann: Am 27. + 28. Juni 2014 findet zum zweiten Mal im Hallen- und Gartenbad die Beachpool-Party statt, welche das Jugendnetz organisiert. Da der Anlass dieses Mal an zwei Abenden stattfindet, bleibt die Tanzinsel auf dem Freibecken durch den Tag bestehen. Aus diesem Grund hat sich das Hallen- und Gartenbad dazu entschlossen, am Samstag, 28. Juni 2014 von 09.00 – 17.00 Uhr einen Tag der offenen Tür zu veranstalten. Da im letzten Jahr über mehrere Monate die Installationen saniert wurden, möchte das Team des Schwimmbades der Bevölkerung mit einem Rundgang die Neuerungen zeigen. Es ist eine einmalige Gelegenheit, die man umsetzen möchte, da die Hälfte des Freibeckens reserviert ist. Tagsüber wird auf der Schwimminsel eine Lounge eingerichtet, wo Drinks und Kaffee serviert werden. Selbstverständlich kann man auch baden und der Eintritt ist an diesem Tag gratis.

Stefan Semela: Zu den **Eingängen:** Es sind drei Neueingänge eingegangen, welche Sie an Ihrem Platz vorfinden. Es sind dies: Anfrage betreffend Investitionen ins Hallen- und Gartenbad von Bettina Lutz; Dringende Anfrage betreffend Alstom von Erich Schmid; Postulat betreffend Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Busspur in Kirchdorf von Daniel Meier.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll von der Sitzung vom 3. April 2014 ist zusammen mit den Unterlagen verschickt worden. Zum Protokoll sind keine Berichtigungen eingegangen.

2 2014.22 Inpflichtnahmen von Lisa Dikk, SVP, und Marion Möllerke, SP

Stefan Semela: Es folgt die Inpflichtnahmen von Lisa Dikk und Marion Möllerke.

Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Lisa Dikk und Marion Möllerke: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Ich hoffe, dass es immer eine faire und sachliche Diskussion geben wird und dass das Wohl der Gemeinde im Vordergrund steht und nicht das Parteiendenken.

Stefan Semela: Somit sind zurzeit 34 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

3 2014.23 Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Semela: Sollten sich im Saal Gesuchsteller oder Familienangehörige befinden, bitte ich Sie, den Saal für die Abstimmung zu verlassen. Sie werden anschliessend wieder hineingegeben und über das Ergebnis orientiert.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

4 2014.24 Rechnung 2013

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Semela: Ich gebe das Wort zuerst an Peter Marten, Finanzkommissionspräsident. Von Seiten der Verwaltung nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen, Einsitz.

Peter Marten: Es freut mich, dass ich Ihnen das erste Mal als FIKO-Präsident die Rechnung präsentieren darf. Dies fällt einfacher, wenn es ein erfreulicher Rechnungsabschluss war. Die FIKO begrüsst es, dass eine bessere Transparenz in der Buchhaltung besteht. Die Kostenentwicklung macht uns in einzelnen Bereichen Sorgen. Gefreut hat es die FIKO, dass eine Kontrolle des Steuerbezugs durchgeführt wurde in der Gemeinde Obersiggenthal. Noch zum Ablauf, ich möchte Ihnen wenig Zahlen zeigen, da ich mich im Vorfeld mit Linus Egger abgesprochen habe, damit nicht zwei Mal das Gleiche erläutert wird.

Bei den Steuereinnahmen ist es sehr erfreulich, dass besser abgeschlossen werden konnte. Die Einkommens- und Vermögenssteuern liegen rund CHF 675'000 über dem Budget. Was uns im letzten Jahr sicher geholfen hat war das Tiefzinsumfeld, wovon die Gemeinde ebenfalls profitieren kann, wenn Geld aufgenommen werden muss.

Die Verwaltungs- und Betriebslöhne liegen rund CHF 450'000 über dem Budget. Der Hauptgrund darin ist die erstmalige Abgrenzung von nicht bezogenen Ferien und Überzeiten in der Höhe von rund CHF 293'000. Dies war ein Wunsch der Finanzkommission, welcher schon länger bestanden hat, damit eine bessere Transparenz vorhanden ist. Was bedeutet dies für die Zukunft? In der Zukunft wird es so sein, dass nur noch die Differenz zwischen den neuen und alten Ferien verglichen werden und dann eine Belastung oder Reduktion des Betrags vorgenommen werden kann. Was sind die Herausforderungen aus Sicht der Finanzkommission? Uns belastet die Kostensituation der Sporthalle. Wir sind der Meinung, dass die Kosten, insbesondere die Lohnkosten, gesenkt werden sollten. Die Spitexkostenentwicklung macht uns ebenfalls Bauchschmerzen. Die Kostenentwicklung der eigenen Beiträge möchte ich Ihnen noch gerne aufzeigen, dass die Gemeinde dort zum Teil machtlos ist oder anders gesagt, es muss geschaut werden, dass in der Budgetphase das Auge darauf gerichtet wird, was der Einwohnerrat noch selber festlegen bzw. beeinflussen kann. Die Schulden konnten auf CHF 12.9 Mio. reduziert werden. Anhand einer Folie wird aufgezeigt, wie sich die Schulden in den nächsten Jahren entwickeln werden gemäss dem bestehenden Investitionsplan. Pro Einwohner liegen die Schulden momentan bei knapp CHF 1'500. Gemäss Investitionsplan steigen diese Schulden in den nächsten Jahren bis auf knapp CHF 4'000 pro Einwohner an.

Beim Einkommens- und Vermögenssteuerertrag sieht man, dass seit 2009 die Einnahmen immer über dem Budget liegen. Da sollten uns, wenn nicht ausserordentliche Ereignisse passieren, keine bösen Überraschungen erwarten.

Das kantonale Steueramt führte nach einer Pause von sechs Jahren eine Kontrolle des Steuerbezugs durch. Es ist so, dass die Finanzkommission in den letzten Jahren in diesem Bereich ebenfalls Prüfarbeiten vorgenommen hat. Das kantonale Steueramt kann dies aber noch tiefer kontrollieren als eine FIKO. Der Bericht ist sehr erfreulich ausgefallen für Obersiggenthal. Der positive Eindruck, der die FIKO in den letzten Jahren gewonnen hatte, bestätigt sich mit diesem Bericht. Peter Marten erläutert anhand von Folien den Bericht des kantonalen Steueramts.

Die Spitex Obersiggenthal ist fast Opfer vom eigenen Erfolg. Dies ist ersichtlich aus den geleisteten Stunden. Auch im letzten Jahr hat die Spitex rund 16'000 Stunden aufgewendet. Personen werden schneller aus den Spitälern entlassen und müssen zu Hause gepflegt werden. Was bedeutet dies für Obersiggenthal? Je erfolgreicher die Organisation wird, und dadurch mehr Stunden geleistet werden, umso mehr wird die Gemeinde zur Kasse gebeten. Im letzten Jahr waren es über CHF 700'000, welche die Gemeinde der Spitex bezahlt hat. Die Spitex hat aber einen sehr guten Selbstdeckungsgrad. Die Spitex ist in den letzten Jahren so gewachsen, dass das „Kleid“, welches was sie trägt, nicht mehr ganz passt. Der Stützpunkt ist zu klein, dieser wird aber bald verlegt. Ein anderes „Kleid“ ist die Organisationsform, welche momentan noch ein Verein ist. Der Verein bzw. die GV beschliesst über strategische Geschäfte. Dies ist grundsätzlich in Ordnung, aber dazu ist zu sagen, dass der grösste Beitragszahler nur eine Stimme hat. Da hat die FIKO den Gemeinderat aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie zusammen mit der Spitex andere Organisationsformen gefunden werden können.

Anhand von Folien werden die Beiträge aufgezeigt, betreffend Defizitzahlung an das Kantonsspital Baden. Im 2014 muss sich die Gemeinde keine Gedanken mehr machen über das Betriebsdefizit, weil mit dem Lastenausgleich Kanton/Gemeinde dies an den Kanton zurückgeht. Dafür dürfen sich die Gemeinden mehr an den Lehrerlöhnen beteiligen, was faktisch ein Nullsummenspiel ist.

Beim Abfuhrwesen gab es durch die zwei neuen Entsorgungsplätze beim Gemeindehaus und in Kirchdorf Investitionen, welche als Belastung verbucht wurden.

Was sind weitere Themen bei der Finanzkommission?

Die FIKO hat den Gemeinderat angeregt, dass die Umsetzung des Personalreglements, z. B. beim Ferienbezug, besser durchgesetzt werden muss.

Es sollte eine Kostenübersicht erstellt werden, betreffend Betreuung von Kindern ausserhalb der Familien.

Es wird gewünscht, dass die Kosten bei der Strassenbeleuchtung genauer angeschaut werden. Die Aussagen im Budget 2014 sind nicht nachvollziehbar.

Es wurden Anregungen gemacht beim Thema ausstehende Rechnungen, was dort noch verbessert werden könnte.

Die FIKO äusserte sich kritisch zu den nicht durchgeführten Projekten. Dazu muss ich ehrlich sagen, dort stecke ich in zwei Personen. Als kritisches FIKO-Mitglied freut es mich, wenn die Projekte nicht durchgeführt werden, dies verursacht nämlich keine Ausgaben. Andererseits wird im Einwohnerrat über ein Budget abgestimmt und dies ist indirekt auch ein Auftrag, die Projekte durchzuführen.

Noch ein Thema ist die Tiefenprüfung. Die Finanzkommission gibt in Absprache mit dem Gemeinderat jährlich einen Auftrag für eine Tiefenprüfung. Im 2014 wurde dies nicht gemacht, weil die Finanzkommission der Meinung war, dass diese Mittel für den Restatementbericht in Bezug auf HRM2 verwendet werden sollten. Was ist ein Restatementbericht? Mit dem HRM2 ist es so, dass die Vermögenswerte der Gemeinde neu bewertet werden müssen, insbesondere Grundstücke, Immobilien usw. Dies ist eine sehr komplexe Aufgabe, welche ein externes Treu-

handbüro durchführen sollte. Es ist sehr wichtig, dass die Aktiven mit einem richtigen Wert eingesetzt werden.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich gebe Ihnen noch einige Hintergrundinformationen zu den einzelnen Zahlen.

Anhand von Folien werden die Zahlen erläutert.

Wie bereits erwähnt sind im Personalaufwand Ferien- und Überzeitsalden neu ausgewiesen. Weiter mussten wir wegen Krankheitsfällen zusätzliches Personal anstellen. Dies sind die Gründe der Überschreitung von CHF 400'000.

Beim Sachaufwand gab es vor allem beim betrieblichen Unterhalt einen Mehraufwand. Es ist detailliert in Ihren Unterlagen aufgeführt.

Bei den Steuern wurden rund CHF 240'000 mehr eingenommen. Dies kommt daher, dass die Einkommens- und Vermögenssteuern zugenommen haben. Hingegen gab es weniger Aktiensteuereinnahmen als budgetiert. Dafür haben die Nach- und Strafsteuererträge sehr stark zugenommen.

Bei den Entgelten fallen vor allem die Benützungsgebühren und Dienstleistungen mit CHF 180'000 Mehreinnahmen ins Gewicht.

Da es in den Fraktionen Unklarheiten gegeben hat, zeige ich anhand einer weiteren Folie, dass Investitionen nur ins Budget dürfen, wenn der Einwohnerrat diese bewilligt hat.

Stefan Semela: Die Rechnung wird Seite um Seite besprochen und die Fragen können pro Kapitel gestellt werden.

Urs Müller: Die Fraktion SP/Grünen hat mit Freude festgestellt, dass gut budgetiert wurde. Die Kennzahlen, welche am Schluss ersichtlich sind, zeigen, dass die Gemeinde auf einem guten Fundament steht und die bevorstehenden Investitionen getätigt werden können, ohne dass die Gemeinde in die Schieflage gerät. Es gab aber einen Punkt, der uns nachdenklich gestimmt hat. Dies betrifft den Überhang an Ferien und Überstunden. Wir begrüssen es sehr, dass die Transparenz hergestellt wurde. Wir stellen aber die Frage, ob mit dem Personalbestand noch alles in Ordnung ist. Wenn man diese Stunden umrechnet, dann sind es ca. 2 ½ Mannjahre Arbeit, die anfällt. Der Gemeinderat wird eingeladen, dies genau zu prüfen und wenn nötig zu handeln.

Daniela Graubner: Die Rechnung 2013 schliesst mit einer Punktlandung ab. Es ist ein kleiner Finanzierungsüberschuss von CHF 500'000 erzielt worden. Die EVP-Fraktion möchte an dieser Stelle dem Leiter Finanzen einen grossen Dank aussprechen. Gerade mit der Umstellung auf HRM2 hat die Abteilung Finanzen eine intensive Zeit erlebt.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion hat die Jahresrechnung 2013 von der Einwohnergemeinde Obersiggenthal zur Kenntnis genommen. Wir sind erfreut über den Finanzierungsüberschuss von rund CHF 480'000. Gefreut hat die FDP-Fraktion weiter, dass die Nettoverschuldung auf CHF 12.9 Mio. gesenkt werden konnte. Die erstmalige Abgrenzung von ausstehenden Ferien und Überstunden wird begrüsst. Sorgen bereitet uns die Entwicklung im Bereich der Sporthalle. Die Gründe für die hohen Beiträge an die Spitex sind für die FDP-Fraktion nachvollziehbar. Es wird weiterhin wichtig sein, dass die Gemeinde ihre Sparanstrengungen beibehält und der Druck, der von uns beeinflussbaren Kosten, hoch bleibt. In der letztjährigen Rechnung halfen uns die tiefen Zinsen. Es ist eine erfreuliche Rechnung, welcher die FDP-Fraktion zustimmen wird.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung 2013 ebenfalls zu. Wir sind erfreut über den positiven Abschluss, möchten aber festhalten, dass es nicht mehr ein grosser Überschuss

ist. Dieser kam unter anderem zu Stande, da mehr Steuereinnahmen eingenommen wurden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich die Gemeinde nicht auf stetig steigende Steuereinnahmen verlassen kann. Wir sind angehalten, auch im Einwohnerrat, alle Sparmöglichkeiten, welche umgesetzt werden können, auch umzusetzen. Die SVP-Fraktion teilt den im Einwohnerrat herrschenden Optimismus, dass die Gemeinde auf gesunden Beinen steht, nicht, wenn wir die geplanten Investitionen anschauen.

Christa Ochsner: Die CVP-Fraktion hat die Rechnung durchgeschaut und zur Kenntnis genommen. Die Punktlandung der laufenden Rechnung wurde sehr positiv aufgenommen. Wir möchten der Abteilung Finanzen ein Kränzchen winden für die gute Budgetierung und Rechnungslegung, insbesondere da sich die CVP bewusst ist, dass mit der Umstellung auf HRM2 die Belastung aktuell sehr gross ist. Die Verwaltung hat sich auch grosse Mühe gegeben, das Budget einzuhalten. Der Finanzüberschuss ist einiges weniger als budgetiert, aber immer noch positiv. Die Mehrausgaben resultieren auf Investitionen, welche erst nach der Budgetverabschiedung bewilligt wurden. Die Nettoverschuldung konnte auf CHF 12.9 Mio. gesenkt werden, was erfreulich ist in Anbetracht auf die Kosten, die in Zukunft auf uns zu kommen. Das heisst auch, dass die Nettoschuld pro Einwohner auf CHF 1'526 reduziert werden konnte. Die CVP-Fraktion wird die Rechnung einstimmig genehmigen.

Erich Schmid: Ich habe noch einen Hinweis zur Seite 14: „Aufgrund der zahlreichen ausserordentlichen Aufwendungen wurden die übrigen Kleinreparaturen an Strassenanlagen nur zurückhaltend getätigt, obwohl dies nach dem strengen Winter 2012/13 dringend notwendig gewesen wären“. Ich finde es gut, wenn man sich ans Budget hält, aber bei dringend notwendigen Reparaturen würde ich diese vornehmen und nicht warten.

Meine nächste Frage geht an Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen. Auf der Seite 21 steht unter den Passiven: „Verpflichtungen bestehen aus den Verpflichtungskonten für Wasser, Abwasser und Abfall“. Wenn man aber das Konto anschaut, dann stimmen diese Beträge nicht überein.

Dann noch eine Bemerkung zu den Ferien- und Überzeitkonten. Wenn man hier anschaut, dass rund 60 Personen in der Gemeindeverwaltung tätig sind, dann sind im Schnitt CHF 5'000 kein hoher Betrag.

Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen: Die Frage ist eher, müsste dies nicht bilateral zusammen angeschaut werden?

Erich Schmid: Ich habe im Fraktionsbericht der SVP gelesen: „Wir gehen davon aus, dass in Zukunft die anstehenden Investitionen besser im Budget berücksichtigt werden“. Ich nehme an, dass die Ausführungen von Linus Egger aussagen, dass Investitionen nicht ins Budget gehören.

Linus Egger, Gemeinderat: Diejenigen Investitionen, welche bewilligt wurden, kommen ins Budget.

Erich Schmid: Budget und Investitionsrechnungen sind aber zwei verschiedene Kapitel. Die Investitionen werden nicht budgetiert, habe ich dies richtig verstanden.

Linus Egger, Gemeinderat: Ja.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2013 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2014.25 Rechenschaftsbericht 2013

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Stefan Semela: Wird das Wort gewünscht aus den Fraktionen zum Rechenschaftsbericht 2013?

Erich Schmid: Die CVP-Fraktion hat den Rechenschaftsbericht sehr gerne gelesen. Dieser ist sehr informativ und hat eine gute Qualität. Uns hat es erstaunt, wie viele Sachen in der Verwaltung und durch Privatpersonen geleistet werden. Ein genereller Kritikpunkt von unserer Seite ist, dass die Einleitung am Anfang durch den Gemeindeammann fehlt. Wir gehen davon aus, dass dies durch den Wechsel ein Übergabeproblem war. Wir hoffen, dass dies im nächsten Bericht wieder enthalten ist.

Silvia Dingwall Stucki: Im Namen der Fraktion SP/Grünen möchte ich dem Gemeinderat zum gelungenen Rechenschaftsbericht gratulieren. Wir haben diesen sehr informativ und klar gestaltet gefunden. Speziell lobenswert finden wir die Zusammenstellung auf Seite 4, was der Gemeinderat erreicht hat oder nicht. Es ist wichtig, dass die Legislaturziele nicht schubladisiert werden. Ich habe noch eine Frage betreffend Ausländerinnen und Ausländer. Ist etwas in diesem Jahr geplant betreffend Integration von Ausländerinnen und Ausländern? Ebenfalls erfreut waren wir, dass die Beschaffungsrichtlinien der Gemeinde, insbesondere in der Abteilung Bau und Planung, eingehalten wurden. Es ist zu hoffen, dass Stichproben auch in anderen Abteilungen gemacht wurden. Die detaillierte Information über die Energiesparmassnahmen in der Gemeinde auf der Seite 62 hat der Fraktion SP/Grünen ebenfalls gefallen. Wir hoffen, dass die Massnahmen jetzt zügig umgesetzt werden.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich möchte zur Frage betreffend Integration noch etwas erläutern. Die Gemeinde macht schon einiges, konnte aber nicht alles umsetzen, was im Legislaturplan vorgesehen war. Die Integrationsmassnahmen waren beim Schulstart die Unterstützungen bei einzelnen Fällen. Was noch nicht umgesetzt wurde, ist das Leitbild Integration. Ich persönlich freue mich über Lob, aber hier muss ich sagen, dass unsere wie auch die Kapazität der Verwaltung, irgendwann beschränkt sind. Dies konnte nicht umgesetzt werden, ich muss auch ehrlicherweise sagen, es ist nicht immer einfach Personen aus Obersiggenthal zu finden, die sich in einer Kommission engagieren würden. Ich könnte Sie alle anfragen, ob Sie noch in einer Kommission mithelfen würden. Ich bekäme von vielen die Antwort, ich bin schon in vielen Kommissionen tätig. Neue Mitglieder zu finden ist sehr schwierig. Der Gemeinderat möchte die Integrationsmassnahmen nochmals in Angriff nehmen. Ich bin mir nicht sicher, ob es sinnvoll ist, dies mit einem Leitbild zu machen oder ob sich die Gemeinde dem Kanton anschliessen soll. Der Kanton hat das neue kantonale Integrationsprojekt vorgestellt. Der Kanton wurde vom Bund verpflichtet, ein Integrationsprojekt auszuarbeiten und dieses wurde eigentlich auf die letzte Legislatur erwartet. Vielleicht müsste einmal mit dem Einwohnerrat besprochen werden, welche Projekte die Gemeinde Obersiggenthal aus dem kantonalen Integrationsprojekt herausnehmen könnte und diese dann versucht umzusetzen. Ich entschuldige mich dafür, dass nicht alles umgesetzt werden konnte, was vorgesehen war.

Ursula Spinnler: Ich kann mich kurz halten. Die FDP-Fraktion möchte sich bei den Erstellern und den Autoren dieses Berichts bedanken. Es ist ein sehr interessantes Dokument, mit dem alle rasch einen Überblick über die Gemeinde erhalten.

Erich Schmid: Auf der Seite 11 sind die Zustimmungen bzw. die Ablehnungen neu vermerkt, dies finde ich sehr gut.

Seite 25, Einzelmassnahmen bei Schülerinnen und Schülern, zum letzten Satz „sind die Abläufe komplizierter, träger und weniger wirksam geworden“. Hat dort die Gemeinde interveniert?

Seite 37, Betrifft die Neuerungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Wird hier versucht Korrekturen vorzunehmen?

Seite 53, Wenn es um Investitionen geht, ist in unserer Fraktion immer wieder die Rede davon, wir sollten die Strassen hinausschieben. Wenn die Grafik angeschaut wird, dann werden zu wenig Strassenabschnitte verbessert, wenn man 1-2% der gesamten Strassenfläche pro Jahr sanieren sollte.

Patrick Hehli: Ich habe die gleiche Frage gestellt wie letztes Jahr, dazu aber nie eine Antwort bekommen. Ich muss aber auch gestehen, dass ich es versäumt habe, nachzufragen. Vergleicht man die Zahlen auf den Seiten 8 und 10, dann erhält man nicht das gleiche Resultat.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wenn der Einwohnerrat die Einbürgerungen genehmigt hat, dann heisst dies noch nicht, dass diese auch beim Kanton genehmigt werden. Das Verfahren dauert dann nochmals ein Jahr. Aus diesem Grund gibt es Differenzen bei den Zahlen.

Patrick Hehli: 2012 ist ja schon mehr als ein Jahr zurück, dann müssten ja zumindest diese Zahlen übereinstimmen.

Anton Meier, Gemeindeglied: Der Bericht der Einbürgerungskommission sagt aus, was die Kommission beraten hat und was beim Einwohnerrat genehmigt wurde. Auf der anderen Seite ist die Bevölkerungsstatistik ersichtlich. Darin sind alle Einbürgerungen enthalten, welche vom Kanton genehmigt wurden. Dazu gehören auch die erleichterten Einbürgerungen, welche nicht vom Einwohnerrat genehmigt werden müssen. Diese Zahlen können aus diesem Grund gar nie miteinander übereinstimmen.

Peter Marten: Ich habe bereits letztes Jahr den Bericht der Polizei bemängelt. Es war letztes Jahr sehr viel zu erfahren, welches die Hotspots waren von Baden. Leider war sehr wenig über die Gemeinde Obersiggenthal zu lesen. Auch dieses Jahr hat man sich nicht mehr Mühe gegeben. Ich möchte den Gemeinderat nochmals bitten, mit der Polizei das Gespräch zu suchen, damit der Bericht mehr auf Obersiggenthal bezogen ist.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es steht hier bei der Bildung so prominent. Aber auch im Sozialdienst, der Spitex usw. haben wir einen riesigen Aufwand, die Berichte zu erfassen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Früher konnte dies mündlich geklärt werden, Heute geht dies alles nur noch schriftlich. Ein Fax wird nicht akzeptiert, sondern es müssen ausführliche Berichte erstellt werden. Früher war die Vormundschaftsbehörde der Gemeinderat, Heute ist es das Bezirksgericht. Dadurch werden die Abläufe viel länger und komplizierter. Wir können darauf reagieren, indem wir immer wieder Rückmeldungen machen an das Gericht. Es gibt auch regelmässige Zusammenkünfte der Amtsvormundschaften. Das KESB beantragt eine Stellenaufstockung beim Grossen Rat. Die Angestellten im KESB wurden rekrutiert, diese wurden ins kalte Wasser geworfen. Jeder Fall, den sie erhalten haben, musste definiert werden, um was es sich genau handelt. Es ist insbesondere bei den Schülern schwierig, wenn eine Platzierung beantragt werden möchte. Früher ging dies innerhalb von 14 Tagen und Heute dauert das Verfahren drei Monate.

Silvia Dingwall Stucki: Auf der Seite 44 ist der Radweg Kirchweg – Landstrasse erwähnt. Wird auch die Einmündung von der Landstrasse in die Breitenstrasse angeschaut? Diese Stelle ist ebenfalls gefährlich.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Gemeinderat ist bereits daran, mit dem Kantonsingenieur die Situation anzuschauen. Es wird eine Lösung ausgearbeitet.

Stefan Semela: Ich begrüsse Ueli Zulauf. Es sind somit 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2013 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 2014.26 Neubau Kindertagesstätte Goldiland, Kirchweg 70; Kreditgenehmigung

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Stefan Semela: Für dieses Geschäft nehmen Martin Leder, Architekt, Christian Munz, Präsident Baukommission und Peter Siegenthaler, Leiter Hochbau, Einsitz.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Baukredit Goldiland – kompakt und pragmatisch. Dies ist die Kurzfassung der Wettbewerbsjury. Ich habe im Nachgang an den Nachtragskredit das Projekt von Hansruedi Hess übernommen. Ich nahm an den Baukommissionssitzung als Vertreterin des Gemeinderates teil. Es wurde sehr viel gearbeitet. Je länger ich mich mit diesem Projekt auseinandergesetzt hatte, umso mehr konnte ich bestätigen, dass dieses Projekt kompakt und pragmatisch ist. Die Wettbewerbsanforderungen waren in der ersten Runde:

- Architektonisches Konzept und Umgebungsgestaltung. Das Schwergewicht lag auf der Umgebungsgestaltung.
- Wirtschaftlichkeit
- Nachhaltigkeit
- Konstruktion
- Haustechnik

Nach der ersten Runde waren noch drei Projekte im Rennen. Diese wurden einer unabhängigen Firma zur Prüfung übergeben. Diese beurteilten die Raum- und Betriebskosten. Das bestehende Projekt hatte als kostengünstigstes Projekt abgeschnitten.

Der Gemeinderat und der Einwohnerrat haben die Pflicht, die Kosten anzuschauen. Der Einwohnerrat hat dies vor allem gemacht im Rahmen des Nachtragskredits, wo konkrete Anträge gestellt wurden. Die Baukommission hat sich beraten, schaute, wo Kostenoptimierungen möglich waren und schlug Module vor. Der Gemeinderat hat dazu Stellung genommen und sagte klar: ja, wir wollen Kosten optimieren. Der Gemeinderat empfiehlt drei der vier Module zur Annahme.

Der Gemeinderat hat aber auch die Pflicht, die Gemeinde weiterzuentwickeln. Mit dem Alters- und Pflegeheim hat der Einwohnerrat der Betreuung der älteren Einwohnern CHF 5 Mio. gesprochen und dies als a-fonds-perdu-Betrag. Wenn wir die demografische Entwicklung der Gemeinde anschauen, dann sieht man, dass eine Überalterung besteht. Um einen Vorschub für die Familien zu leisten, müsste jetzt auch Geld gesprochen werden für die jüngsten Ein-

wohner und ein ganz klares Signal an die Familien gegeben werden. Dass es möglich ist, uns auch weiterzuentwickeln und so auch die Schulraumplanungen, Bezirksschulstandort, usw. gewährleistet sind. Ich möchte es im Moment so stehen lassen und keine weiteren Ausführungen machen. Wir haben zu einzelnen Punkten, welche im Vorfeld in den Fraktionen besprochen wurden, Folien vorbereitet. Wir werden diese, wenn sie zum Thema werden, vorstellen.

Stefan Semela: Bevor ich das Wort den Fraktionen geben möchte, noch ein kurzes Statement von Peter Marten als FIKO-Präsident.

Peter Marten: Die Finanzkommission hat sich an einer ausserordentlichen Sitzung mit dem Projekt Goldiland befasst. Die Diskussion hat sich einerseits um den finanziellen Aspekt, andererseits auch über das künftige Verhalten der Finanzkommission im Einwohnerrat bei grösseren Projekten in der Gemeinde gedreht. Wir haben folgende Beschlüsse gefasst. In Bezug auf das künftige Verhalten wird es so sein, dass die Finanzkommission bei grösseren Projekten ihre Meinung im Einwohnerrat bekannt geben wird. Sie wird dies sicher bei jedem Projekt, das die Grenze von CHF 2 Mio. übersteigt, machen. Betreffend Projekt Goldiland ist es aus Sicht der Finanzkommission so, dass die aktuellen Projektkosten am oberen Ende sind, welche wir als FIKO noch als vertretbar erachten. Die Kosten liegen im Rahmen des letztjährig angepassten Finanzplans. Die Berechnungen der laufenden Kosten sind für die FIKO nachvollziehbar, auch wenn die Zinskosten nicht berücksichtigt wurden. Die Finanzkommission wünscht künftig entsprechende Berechnungen. Dies betrifft aber auch andere Gebiete, wie Tiefbau, Schulen, usw.

Stefan Semela: Bevor ich das Wort nun den Fraktionen erteile, habe ich noch einen Hinweis. Anträge müssen schriftlich eingereicht werden. Der Antrag muss am Schluss mit einer Kürzung in Franken beziffert werden.

Ursula Haag: Die SVP-Fraktion ist von der Notwendigkeit der Tagesstrukturen und der Kindertagesstätte überzeugt. Aus folgenden Gründen haben wir uns aber entschlossen, diesen Kreditantrag zurückzuweisen: Wir zweifeln an der Zweckmässigkeit des vorliegenden Projekts. Es hat zu viele überflüssige Gadgets. Zum Beispiel die drei mal 20 m² Lichtschächte, die als Nutzfläche verloren gehen. Wir denken, dass eine Trennung der Räume durch riesige Glasscheiben suboptimal ist. Ein ungestörter Tagesbetrieb scheint durch die transparenten Wände nicht möglich. Solche Glaswände ziehen auch einen enormen Reinigungsaufwand nach sich. Die Möglichkeit einer allfälligen Erweiterung dieses Baus scheint auch relativ eingeschränkt zu sein. So ist es nicht möglich, das bestehende Gebäude durch eine einfache Aufstockung zu erweitern, man hat dafür nur den Annexaufbau vorgesehen. Wir sind der Meinung, dass es möglich sein sollte, dieses Gebäude auch am Wochenende zu nutzen. Eine solche polyvalente Nutzung ist bei jedem Schulgebäude möglich, hier aber scheinbar nicht. Zu guter Letzt möchten wir noch festhalten, dass der Wille, Kosten zu sparen, sehr beschränkt ist. Bei einer Bausumme von CHF 5.9 Mio. sind die vorgeschlagenen CHF 510'000 Einsparungen zu wenig. Alle diese Überlegungen haben uns bewogen, diesen Kredit zurückzuweisen. Wir sind uns bewusst, dass diese Rückweisung eine grosse Verzögerung bei der Einführung der geplanten Tagesstrukturen nach sich zieht. Doch im Moment können wir uns auf eine provisorische Lösung abstützen. Die SVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass dieses Projekt eine Lösung mit der Brechstange ist. Wir sind es den Steuerzahlern unserer Gemeinde schuldig, ein zweckmässiges polyvalentes Gebäude vorzuweisen. Wir wollen ein Projekt, das nicht nur Zustimmung im Einwohnerrat erhält sondern auch bei der späteren Volksabstimmung bestehen kann.

Bettina Lutz Güttler: Angefangen hat die bisherige Geschichte der Tagesstrukturen im Mai 2009 mit der kantonalen Abstimmung zum Bildungskleeblatt. Die Stimmberechtigten von Obersiggenthal haben, anders als die Mehrheit im Kanton, bei dieser Abstimmung ja gesagt zur Einführung von schulergänzender Tagesbetreuung. Aufgrund dieses Ergebnisses hatte die CVP-Fraktion zusammen mit der SP-Fraktion ein Postulat zur Schaffung von Tagesstrukturen eingereicht. Seit diesem Zeitpunkt sind fünf Jahre vergangen. Heute sind wir ein paar Einwohnerratsvorlagen inkl. Rückweisungen und Volksabstimmungen weiter. Eines ist aber immer

gleich geblieben. Das Volk hat immer ja gesagt, wenn es darum gegangen ist, Voraussetzungen für Tagesstrukturen zu schaffen. Die Stimmberechtigten haben ja gesagt zur Einführung von Tagesstrukturen und zum Kauf der Liegenschaft. Über den Bedarf nach Tagesstrukturen in Obersiggenthal müssen wir heute nicht mehr diskutieren. Zahlen über die Belegung von Krippe, Mittagstisch und der Übergangslösung Tagesstrukturen sprechen für sich. Wissenschaftliche Prognosen zeigen, dass der Bedarf längerfristig noch zunehmen wird. Untersuchungen zeigen, dass jeder Franken, der in die Tagesstrukturen investiert wird, 1.6-fach wieder an die Gemeinde zurückfliesst. Ein wenig provokativ könnte man die Frage stellen, wo erhält man heute noch so eine Rendite. Was aber heute zu diskutieren ist, sind die Kosten für den Neubau. Klar, auch wir sind erschrocken, als die Baukosten im Laufe der Projektierungsarbeiten immer höher wurden, sind wir doch am Anfang von tieferen Kosten ausgegangen. Über die Erhöhungen und die Gründe dafür ist der Einwohnerrat laufend informiert worden. Der Kredit konnte nun am Schluss auch wieder reduziert werden. An dieser Stelle macht die CVP-Fraktion dem Gemeinderat und der Baukommission ein Kompliment. Es wurde immer transparent informiert. Der Gemeinderat sowie die Baukommission waren selber aktiv und suchten nach Optimierungen. Es wurden namhafte Beträge gefunden, welche eingespart werden könnten. Generell ist die Vorlage sehr sorgfältig und transparent ausgearbeitet. Die Abklärungen, welche die CVP-Fraktion verlangt hatten, wurden vorgenommen. Die Vorlage zeigt, welche Überlegungen schliesslich zum Antrag geführt haben.

Bei dieser Vorlage stellen sich folgende zwei zentrale Fragen:

Wo will Obersiggenthal hin? Wie soll sich die Gemeinde entwickeln?

Dem Leitbild Standortqualität vom April 2010 kann entnommen werden, dass in Obersiggenthal im Vergleich zu anderen Aargauer Gemeinden überproportional viele Personen über 60 Jahre leben. Hingegen sind Familien mit schulpflichtigen Kindern sichtlich untervertreten. Die CVP-Fraktion möchte dieser Entwicklung Gegensteuer geben und die Gemeinde attraktiver für Familien gestalten. Viele Familien wählen ihren Wohnort aufgrund der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Spätestens wenn die Kinder in die Schule kommen, sollte die Betreuung auch am Wohnort möglich sein. Dies kann man am Beispiel der Gemeinde Ennetbaden sehr gut beobachten. Die Gemeinde hat einen Steuerfuss von 100%, hat keine nennenswerten Einkaufsmöglichkeiten und keine Post. Sie hat nur sehr wenig günstigen Wohnraum. Aber mit gut ausgebauten Tagesstrukturen zieht die Gemeinde viele Familien an. Um auch unsere Gemeinde wieder attraktiver für Familien zu machen, befürworten wir das Projekt Goldiland.

Können wir für weniger Geld ein noch besseres Projekt bekommen?

Die Gemeinde konnte ein passendes, relativ zentrumnahes Grundstück erwerben. Ein anderes Grundstück oder ein passendes Gebäude steht heute nicht zur Verfügung. Die Räumlichkeiten in der ref. Kirche und im Haus Kirchweg 2 der kath. Kirche stehen nur noch eine begrenzte Zeit zur Verfügung. Das Projekt, welches aus dem Wettbewerb als Sieger hervorgegangen ist, ist gleichzeitig das Kostengünstigste. Das gleiche Architekturbüro hat bereits in Ennetbaden die Räumlichkeiten der Tagesstrukturen gebaut und verfügt über einschlägige Erfahrungen. Die Zweckmässigkeit der Raumaufteilung und die Einrichtungen sind gewährleistet, weil Fachpersonen und Vertreter des voraussichtlichen Betreibers in der Baukommission Einsitz genommen haben und zusammen mit den Architekten das Projekt weiter entwickelt haben. Die Anordnung der verschiedenen Räume spiegelt die Abläufe im organisatorischen Bereich wider. Zum Beispiel sind die Anlieferungen von Waren an die nahe beim Tor liegende Küche vorgesehen. Gegenüber der Küche sind die Essräume geplant.

Was die Architektur anbelangt, da kann ich nur für mich persönlich sprechen. Mir gefällt es, dass es sich nicht nur um einen 0815-Bau handelt, sondern dass das zweckmässige gut mit der Architektur verbunden werden konnte. Ganz besonders sprechen mich die Lichthöfe an. Das Tageslicht wird so bis in den untersten Aufenthaltsraum geführt und ermöglicht eine Sichtverbindung unter den verschiedenen Krippengruppen und den Schulkindern. Kinder sind in ihrer Wahrnehmung so nicht nur auf ihre Gruppen beschränkt, sondern sie sehen, dass es noch mehr Kinder gibt. Diese Kinder werden auf irgendeine Art in Kontakt treten. Die Lichthöfe bringen nicht nur natürliches Licht ins Untergeschoss, welches sonst relativ dunkel wäre, son-

dern auch eine gewisse Luftigkeit in einen Bereich, der sonst dunkel wäre und relativ weit weg vom Aussenraum. Damit wird auch ein Gefühl geschaffen von Freizügigkeit, sodass man sich auch dort gerne aufhalten möchte. Beim Goldiland handelt es sich um ein Gebäude, bei welchem die Nutzung mit einer Schule vergleichbar ist. Der Teil, welcher die Tagesstrukturen beherbergen soll, muss bei der Spitzenbelegung über den Mittag mit bis zu 105 Kindern auskommen. Auch in den Schulferien muss dieser Teil offen sein. Die Krippe wird mehr als Schulraum oder Kindergarten genutzt, weil dort 36 Kinder während 49 Wochen pro Jahr vom Morgen ab 7.00 Uhr bis am Abend um 18.30 Uhr betreut werden. Insgesamt können im Goldiland bis zu 141 Kindern von allen Alterskategorien betreut werden. Im Vergleich schwimmen die Kosten für das vorliegende Projekt nicht exorbitant oben aus. Zudem werden hier die Baukosten mit den Mietzinseinnahmen wieder effektiv amortisiert. Was bei Schulräumen nicht der Fall ist, dort wird nur abgeschrieben.

Nach eingehender Diskussion kommen wir von der CVP-Fraktion mehrheitlich zum Schluss, dass wir das Projekt Goldiland wollen. Es macht die Gemeinde Obersiggenthal attraktiv für Familien und wir können Heute, fünf Jahre nach der kantonalen Volksabstimmung über das Bildungskleeblatt, kein besseres Projekt für weniger Geld bekommen.

Ich komme noch kurz zu den Kostensparmodulen:

Modul 1, Beheizbarer Annex

Die CVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Gemeinderates auf Beibehaltung von den Annexräumlichkeiten. Insbesondere in den kälteren Jahreszeiten oder bei schlechtem Wetter ist ein sogenanntes „Gumpizimmer“ Gold wert. Ein Ort, wo die Kinder in geregelten Bahnen die Energie loswerden können, das ist wichtig für die Seelenhygiene der Kinder und Betreuungspersonen. Ebenso unterstützen wir die Möglichkeit, angefangene kreative Arbeiten oder auch grössere gemeinsame Projekte auch einmal liegen zu lassen, um später daran weiterzuarbeiten. Vereinzelt haben wir uns sogar gefragt, ob die Lagermöglichkeiten für Aussenspielsachen nicht zu knapp bemessen wurden.

Modul 2, Minergie ECO-Label

Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Modul 3, Vereinfachung der Umgebung

Die CVP-Fraktion unterstützt auch diesen Antrag des Gemeinderates mehrheitlich. Insbesondere im Hinblick auf die bereits bestehenden Einrichtungen der Kita Strübelihuus und von den provisorischen Tagesstrukturen.

Modul 4, Massivbauweise

Auch dieser Antrag unterstützt die CVP-Fraktion mehrheitlich.

Zusammenfassend unterstützt die CVP-Fraktion also den Antrag des Gemeinderates mit einer grossen Mehrheit.

Stefan Semela: Wir haben einen Rückweisungsantrag und ich möchte beliebt machen, dass jede Fraktion die Möglichkeit erhält, sich über den Grundsatz zu äussern. Danach wird über den Rückweisungsantrag abgestimmt. Anschliessend könnten weitere Detailanträge folgen. Gibt es dazu Einwendungen? Wenn dies nicht der Fall ist, dann möchte ich das Wort frei geben für weitere Grundsatzstatements.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion hat an der Einwohnerratssitzung vom 12. Dezember 2013 gefordert, dass die Gesamterstellungskosten mit dem Planungskredit den Betrag von CHF 5.5 Mio. nicht überschreiten sollen. Wir begrüssen in der Vorlage, dass der Gemeinderat Sparmöglichkeiten aufzeigt. Modul M2 – M4 über CHF 350'000 machen aber gerade einmal 5.5% auf die ursprünglichen Gesamtkosten von CHF 6.4 Mio. aus. Der Sparwille greift für uns viel zu kurz. Die Kosten müssten aus unserer Sicht dringend gekürzt werden. Wir schliessen weniger Betreuungsplätze hier auch nicht aus. Wir lehnen den Kredit Goldiland aus drei Gründen ab.

Die Kosten sind immer noch zu hoch in Anbetracht künftiger Investitionen der Gemeinde Obersiggenthal. Uns fehlt in der Vorlage ein Verkehrskonzept und die Flächenausnutzung ist ungenügend. Gerade die 60 m² Lufträume im Obergeschoss entsprechen einem Drittel der jetzt noch nutzbaren Fläche von 180 m².

Theo Flückiger: Mit dem Kredit schlägt der Gemeinderat gleichzeitig einige erhebliche Abstriche gegenüber dem ursprünglichen Projekt vor. Mit dem Verzicht auf die Module M2 – M4 wird es aus baulicher und energetischer Sicht zu einem durchschnittlichen Bau. Wir verzichten auf die Grundsätze, welche im energiepolitischen Programm gefasst wurden. Ich möchte auf einige Punkte der einzelnen Module eingehen.

Verzicht Minergie ECO-Label

Es wurde betont, dass sich kaum etwas ändert. Es wird auf die Lüftung verzichtet und die Steuerung im Elektrobereich wird verändert. Die Dämmstärken werden beibehalten. Ich denke, betreffend Bereich Minergie ist das vertretbar. Gleichzeitig ist ein Teil ECO, dort wurde gesagt, dass dieser leider nicht alleine verbaut werden kann. Das leider interpretiere ich so, dass es heisst, wir würden gerne diesen Teil beibehalten. Dort denken wir, ist ein wichtiger Bereich, welcher dieses Label auszeichnet. Im ECO-Bereich geht es vor allem um die Gesundheit und um Bauökologie. Im Bereich Gesundheit ist ein ganz wichtiger Anteil das Innenraumklima. Wenn man so ein Label hat, ist man verpflichtet, die Werte einzuhalten. Wenn dieses Label nicht bestehen bleibt, ist dieser Druck weg. Wenn man schaut, was dies heisst, dann haben wir in den Innenräumen relativ viele Baustoffe, welche mit Zusätzen wie Farbanstriche, Lacke, usw. vergütet sind. Ich möchte anhand von Formaldehyd aufzeigen, was dies heisst. Wenn man Formaldehyd-Baustoff hat, dann gibt es ein Ausschlusskriterium beim Minergie ECO-Label, wenn dort die Werte zu hoch sind. Hat das Gebäude das Label nicht mehr, dann sind die Stoffe eben doch eingebaut. Der Aufwand um dies durchzusetzen ist immer noch relativ gross und dementsprechend geht man dort gewisse Abstriche zu Lasten der Kinder ein. Dies wird von der Fraktion SP/Grünen sehr bedauert.

Vereinfachung der Umgebung

Dort kann gesagt werden, wenn die Bäume fünf Jahre länger brauchen, bis sie gross sind, dann ist dies durchaus vertretbar. Hingegen die Möblierung die einfach gestrichen wird, ist nicht die Lösung. Dort sind wir der Meinung, dass die Möblierung dann einfach aus einer anderen Kasse finanziert wird. Ein schöner Aussenraum ohne Möblierung bringt nicht sehr viel.

Wechsel von Holz- zu Massivbauweise

Hier verzichtet man auf eine zeitgemässe, raumsparende und ökologische Bauweise mit einer geringeren Gewinnerzeugungsenergie. Es sind lokale Baustoffe, die nicht verwendet werden. Wir haben bei uns in der Fraktion intensiv darüber diskutiert, ob wir dies durchgehen lassen können oder nicht. Wir haben aber gleichzeitig auch anerkannt, dass der Gemeinderat sich sehr bemüht hat, das Projekt günstiger zu machen. In diesem Sinn haben wir entschieden, dies so zu unterstützen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Oberste Priorität für uns ist, dass die Tagesstrukturen umgesetzt werden können. Gleichzeitig möchten wir aber auch klarstellen, wenn auch noch entsprechende Abstriche in der Architektur gemacht werden müssen, dies sicher nicht unterstützt wird. Weil dann hätte man den ursprüngliche Vorschlag mit den Baracken auf dem Parkplatz umsetzen können.

Peter Marten: Auch in der FDP-Fraktion wurde die Vorlage Kindertagesstätte Goldiland intensiv besprochen. Wir begrüssen es, dass die Baukommission und der Gemeinderat unsere Inputs über mögliche Einsparungen aufgenommen haben. Wir sind nicht mit jedem Schritt in diesem Projekt glücklich, aber es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um einen Entscheid zu fällen. Im Vorfeld zur heutigen Sitzung habe ich verschiedene Meinungen gehört. Luxusbau und Protzbau wurden im Zusammenhang mit diesem Projekt genannt. Aber auch Sätze wie die Tagesstrukturen bauche ich oder wir nicht mehr waren zu hören. Das löst Emotionen aus und ein fast schon reflexartiges Misstrauen. Schade, das Projekt hätte eigentlich einen offeneren Zugang verdient gehabt. Obersiggenthal hat aktuell deutlich über 8'000 Einwohner. Wir wären per Definition damit schon bald eine Stadt. Wir sind aber gleichzeitig ein wohnlicher Ort

geblieben, der sich nun mit schon fast städtischen Herausforderungen konfrontiert sieht. Eine solche ist eben auch die Kita. Zudem liegt Obersiggenthal bei, oder sogar in einem wirtschaftlich interessanten Gebiet. Mögliche Zuzüger mit Familien bewerten einen neuen Wohnort auch nach seiner Infrastruktur: Verkehr, Schulen und evtl. auch nach dem Vorhandensein von Tagesstrukturen. Obersiggenthal ist und soll attraktiv bleiben, gerade auch für Familien. In vielen Familien haben sich die Familienmodelle verändert, vermehrt ausserfamiliäre Betreuung ist gefragt und gesucht. Diese gesellschaftliche Entwicklung kann man bedauern, begrüessen oder ignorieren. Sie ist aber eine Realität, welche sich nicht wegdiskutieren lässt. Wir können das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist eine Realität. Die Nachfrage ist ebenfalls gegeben, das zeigt die Belegung der aktuellen Tagesstrukturen auf. Natürlich können wir jetzt wieder lange darüber diskutieren, ob 30, 40 oder 60 Plätze die richtige Anzahl sind. Einig sind wir uns wohl alle, dass die korrekte Zahl a) niemand vorher sagen kann und b) den Eintreffzeitpunkt dieser Zahl ebenfalls niemand 100% genau bestimmen kann. Die Berechnungen für die Belegungen in Obersiggenthal kann ich nachvollziehen und sind für mich plausibel. Auch das Projekt hat mich überzeugt. Ich vermag nichts „protziges“ zu erkennen. Gemäss Duden bedeutet protzig: „In unangenehmer, herausfordernder Weise seine eigene Vorzüge, Vorteile hervorkehrend“. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir hier unseren vermeintlichen „Reichtum“ demonstrativ im Siggenthal zur Schau stellen. Es ist für mich schwer vorstellbar, dass man beim Anblick des künftigen Baus denkt: „Wow, die wissen nicht wohin mit dem Geld“. Es ist ein zweckmässiger Bau, der funktionell ist. Ein Bau, der kein Container ist, ein Bau der kein Provisorium und kein Gebastel ist. Ein Bau, der nicht aus ineinander verkeiltten Schachteln in einer grossen Scheune besteht. Es ist eine durchdachte Lösung, helle offene Räume und ein ansprechender, nicht zu grosser Aussenraum. Gerade aber dieser Aussenraum sollte besser genutzt werden können. Die FDP-Fraktion würde es daher begrüessen, wenn dieser Spielplatz auch am Wochenende, mit definierten Öffnungszeiten, zugänglich wäre. Wir stehen hinter den Tagesstrukturen und wir stehen hinter diesem Projekt und unterstützen die Anträge des Gemeinderates. Wir hätten durchaus Sympathien für einen Holzbau gehabt, wir sehen aber auch unsere finanziellen Möglichkeiten und schliessen uns daher den Sparanträgen des Gemeinderates an.

Stefan Semela: Gibt es noch grundsätzliche weitere Wortmeldungen?

Anna Katharina Hess: Ich unterstütze grundsätzlich den Neubau von der Kindertagesstätte Goldiland in allen Teilen. Die Kosteneinsparung Modul M4 lehne ich eher ab. Bei der Begründung widerspricht sich der Gemeinderat, wenn er die Vorteile des Holzbaus gegenüber der Massivbauweise hervorhebt:

- Schwerpunkte liegen auf der räumlichen und atmosphärischen Qualität durch die vorfabrizierte Holzbauweise. Es wird ein lokalverfügbares und erneuerbares Baumaterial verwendet.
- Weitmöglichst als fertige Oberfläche nutzbar, dies erleichtert das Aufhängen von Dekomaterial und Zeichnungen.
- Konstruktion: positive Bilanz betreffend grauer Energie, diese benötigt weniger Energie als der Massivbau.
- Der Rückbau ist einfacher beim Holzbau.
- Der Holzbau hätte eine kürzere Bauzeit.
- Die Kosteneinsparung von CHF 150'000 rechtfertigt sich nicht. Rechnet man diese Kosteneinsparung auf 50 Jahre, so würden uns die vom Gemeinderat aufgezählten Vorteile des Holzbaus pro Jahr gerade einmal CHF 3'000 kosten.

Deshalb stelle ich den Antrag das Kosteneinsparungs-Modul M4 zu streichen.

Stefan Semela: Möchte noch jemand ein grundsätzliches Votum abgeben? Anschliessend würde ich das Wort gerne Therese Schneider übergeben.

Erich Schmid: An der Informationsveranstaltung sind verschiedene Fragen aufgetaucht, die dort nicht beantwortet werden konnten. Werden diese heute noch beantwortet?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Wenn die Fragen nochmals gestellt werden, dann ja. Ich gehe davon aus, dass dies die Lichthöfe, den Annex und die Umzäunung betrifft.

Erich Schmid: Ja.

Stefan Semela: Ich schlage vor, dass wir dies nach dem Rückweisungsantrag behandeln können.

André Kummer: Es wird immer vom verdichteten Bauen gesprochen, in diesem Projekt finde ich die Quadratmeterausnutzungsziffer sehr schlecht. Beim Schulhaus OSOS kann nicht aufgestockt werden, ebenfalls beim neugebauten Pflegeheim ist ein weiteres Geschoss nicht möglich. Jetzt soll wieder ein Bau entstehen, wo keine Aufstockmöglichkeit besteht. Wenn die Zahl der Betreuungskinder erhöht werden müsste, dann hat man schlussendlich einfach weitere Annexbauten. Dies wäre den Containern gleichzustellen. Es wird etwas benötigt, das besser ausgenutzt werden kann und ein Ausbau möglich ist. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde immer vom verdichteten Bauen spricht und in diesem Projekt teures Land für leeren Raum vergeben wird.

Patrick Hehli: Es ist richtig, wie in den Voten gesagt wurde, dass vor fünf Jahren die Bevölkerung ja gesagt hat zum Bildungskleeblatt. Es stimmt, dass die Bevölkerung auch ja gesagt hat zum Kauf der Liegenschaft. Wie ich aber im Einwohnerrat schon immer gesagt habe, wurde die Gesamtsumme des Projekts noch nie erwähnt. Für mich beinhaltet dies auch der Kauf der Liegenschaft, Baukredit, Nachtragskredit, usw. Ich frage mich, ob die Bevölkerung heute immer noch ja sagen würde zu diesem Projekt, wenn von Anfang an die gesamten Kosten klar gewesen wären. Vor langer Zeit war im Einwohnerrat der Mittagstisch ein Thema. Dort wurde uns auch immer gesagt, das brauche es, die Nachfrage ist vorhanden. Im Einwohnerrat wurde ja gesagt zum Mittagstisch. Es lief aber nur harzig an, weil die Einwohner erschrocken sind, was dies kostet. Es hat eine sehr lange Anlaufphase benötigt, bis der Mittagstisch wirklich gelaufen ist. Die Tagesstrukturen braucht es, aber man müsste vielleicht auch noch etwas anderes machen als nur die Tagesstrukturen. Wenn ich schaue, was sonst für die jungen Einwohner/innen gemacht wird, oder was für Familien gemacht wird im Bereich günstiger Wohnraum, dann frage ich mich, ob alleine die Tagesstrukturen wirklich Familien anzieht. Der Vergleich mit dem Altersheim hinkt für mich auch. Das Altersheim ist für jeden von uns auf eine Art zugänglich. Vielleicht müssen wir ein wenig warten, bis wir einen Platz bekommen, weil es Wartelisten gibt. Die Tagesstruktur ist aber nur für einen Teil unserer Bevölkerung, zahlen müssen jedoch alle daran. Klar, der solidarische Gedanken geht vor. Aber, kinderlose Familie, etc., die müssen auch daran zahlen, haben aber keinen Nutzen davon, im Gegensatz zu einem Altersheim. Mich persönlich stört auch, dass man jetzt schon sagt, es ist nur für den Verein, den Mittagstisch und für die Randstundenbetreuung zugänglich. Der Platz soll jeweils am Abend geschlossen und am nächsten Tag wieder geöffnet werden, dies finde ich schlecht. Ein Spielplatz, an den alle zahlen, wird nur für die Tagesstrukturen vorgesehen. Räume, die für Sitzungen gebraucht werden könnten, werden nicht vermietet. Das vermissen wir. Architektur ist Geschmacksache, das ist ganz klar. Aber, liebe Leute, wenn ich mit meinem Sohn durch ein Haus laufe und es hat drei Zimmer – ein grosses Zimmer, ein karges Zimmer und ein kleines Zimmer – dann kann ich Ihnen sagen, dann nimmt jedes Kind das grosse Zimmer. Mit diesen Lichtschächten und den architektonischen Vorgaben finde ich es einfach extrem, dass 60 m² verloren gehen, nur um Licht einzufangen. Die Einsparungen, es wurde bereits erwähnt, sind für mich auch zu gering. Wenn ich das Modul nehme mit der Umgebung, dann müssen wir ehrlich sein, nach der Inbetriebnahme werden bestimmt noch zusätzliche Kosten anfallen, weil erst dann bemerkt wird, dass die Kinder doch mehr Schatten, usw. brauchen. Am Schluss wird dies wieder über Umwege realisiert und fällt nicht mehr unter diese Gesamtsumme, da es später beantragt wird. Für mich ist dies kein echter Sparpunkt. Die SVP-Fraktion, und besonders ich, stehen für die Tagesstrukturen. Sie müssen sich etwas bewusst sein, wenn der Einwohnerrat heute zu diesem Neubau ja sagt und das Projekt vor die Urne kommt, und dann das Volk nein sagt, dann müssen alle über die Bücher. Dann ist der Kirchweg 2 der letzte Strohalm. Wenn ich mit der Bevölkerung über dieses Thema spreche, dann sind die Einwohner nicht erfreut über das Projekt. Viele sagen, es werde zu viel Geld, in dieses Projekt inves-

tiert. Wenn man den Einwohnern sagt, was unter dem Strich das ganze Projekt, inkl. der bereits getätigten Investitionen kostet, dann erschrecken sie. In der Presse wird immer nur von den CHF 5.5 Mio. gesprochen, dies ist fadenscheinig. Ich bitte Sie, im Sinne der Tagesstrukturen, den Antrag der SVP-Fraktion auf Rückweisung anzunehmen. Es wird dadurch eine Verzögerung geben, es wurden bereits CHF 500'000 investiert, das sind wir uns bewusst. Aber wir haben so eine faire und offene Lösung, ein neues Projekt der Bevölkerung vorzulegen, das eine Chance hat bei der Volksabstimmung. Ich glaube nicht, dass das bestehende Projekt vom Stimmvolk angenommen wird.

Peter Marten: Ich habe doch noch eine Frage zum Rückweisungsantrag. Wenn ich so einen Rückweisungsantrag erhalten würde, dann möchte ich noch gerne wissen, was ich als Auftragnehmer machen müsste. Ist dem Gemeinderat klar, was er machen müsste?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Nein.

Patrick Hehli: Wir wollen ja nicht gerade mit der Türe ins Haus fallen. Wir wollen zuerst einmal den Auftrag erteilen, dass das Projekt gestoppt und neu angeschaut wird. Es ist aber auch wichtig, dass der Einwohnerrat anschliessend klar sagt, was das Projekt beinhalten muss. Wir wollen zuerst sehen, ob der Rückweisungsantrag bei den anderen Parteien überhaupt taxiert wird. Anschliessend kommen wir mit einem konkreten Vorschlag.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Zur Öffnung der Parkanlage, dieser Punkt wird aufgenommen und nochmals in der Baukommission besprochen. Es ist einfach so, dass wir bei der Kindertagesstätte grosse Probleme hatten mit Vandalismus und Littering, als der Platz noch offen zugänglich war. Was ebenfalls noch nicht geklärt ist, ist das Thema Hauswart. Wird es eine Hauswartsregelung geben durch die Gemeinde oder macht dies der Betreiber selber.

Auf ein Verkehrskonzept ist man in dieser Phase des Projekts noch nicht näher eingegangen. Was aber ganz klar ist, es bleibt ganz sicher ein Fahrverbot. Die Eltern müssen vorne parkieren und mit den Kindern zu Fuss zur Kindertagesstätte gehen. Es wird nur eine Person eine Bewilligung für die Durchfahrt erhalten, dies wird der Lieferant des Essens sein.

Die Erfahrungen die am Kirchweg 2 gemacht wurden, wo die gleiche Situation besteht, dort ist es so, dass die Tagesstruktur-Kinder alleine mit dem Velo kommen. Die Kita-Kinder werden mit dem Velo gebracht und wieder abgeholt. Aus diesem Grund hat man in der Baukommission beschlossen, nicht jetzt schon Geld auszugeben für ein Verkehrskonzept, da es noch zu früh war.

Ich möchte noch Stellung nehmen zum Presseartikel der SVP. Ich möchte erinnern, dass das Grundstück Goldiland für die Gemeinde strategisch ist. Bereits im Jahr 2001 gab es ein Protokollauszug vom Gemeinderat, wo man eine Absichtserklärung gemacht hat mit der Familie Salathe. Bereits beim Bau der Dreifachturnhalle wurde geschaut, dass der Allwetterplatz das gleiche Niveau bekommt wie das angrenzende Gebiet des Goldilands. Schon dort wurde im Gemeinderat entschieden, dass es strategisch wichtig ist, dieses Grundstück zu erwerben. Wenn man die gesamte Fläche anschaut inkl. der Gebäude, welche die Gemeinde gekauft hat, da beanspruchen die Tagesstrukturen nur einen kleinen Teil. Wenn ich es ganz grosszügig berechne, dann würde es etwa 50% des Kaufpreises ausmachen. Die grössere Fläche ist momentan ungenutzt und würde eine Sportanlage oder etwas anderes ermöglichen. Mit dem Abbruch der Liegenschaft wird Geld vernichtet, dies ist richtig. Aber die Gemeinde konnte in der Zwischenzeit auch Mieterträge erwirtschaften. Es wurde schon genannt, der Neubau wird amortisiert und anders als bei Schulen, erhält die Gemeinde noch einen Mietertrag. Die Sanierung der Pumpen sowie der Abbruch würden anfallen, egal ob die Tagesstrukturen kommen oder nicht. Die Erstellungskosten belaufen sich auf CHF 5.56 Mio. und nicht auf CHF 5.9 Mio., wie dies zu lesen war.

Martin Leder, Architekt: Das Bauprojekt wird anhand von Folien nochmals genau vorgestellt. Auf diesen Bildern sind die Besonderheiten und Ausprägungen zu sehen.

Willi Graf: Die Folie, die Sie jetzt gezeigt haben, betrifft aber nur das Obergeschoss.

Martin Leder, Architekt: Ich komme anschliessend zum Erdgeschoss.

Willi Graf: Sie sagen jetzt, die dunklen Flächen betreffen nur das Obergeschoss. Aber wie kommt dann das Licht in die Lichthöfe?

Martin Leder, Architekt: Über das Dach.

Willi Graf: Aber dann heisst es doch, dass im Obergeschoss Licht besteht, durch das Dach. Die dunklen Flächen für das Obergeschoss gelten daher nicht. Weil dort hat es durch die Oblichter des Daches genügend Licht.

Martin Leder, Architekt: Die könnte man machen, aber es hat dann im mittleren Raum einen dunklen Raum. Ich verstehe es so, dass das Ziel ist, die 60 m² Lichthöfe einzusparen.

Willi Graf: Nein.

Stefan Semela: Ich würde es beliebt machen, dass zuerst Martin Leder die Folien noch erläutern darf und anschliessend wird zuerst über den Rückweisungsantrag entschieden. Danach kann immer noch über Details wie die Lichthöfe diskutiert werden.

Willi Graf: Mich nimmt es wunder, die schwarzen Flächen, die sind doch

Stefan Semela: Martin Leder war noch nicht fertig mit seinen Erklärungen.

Martin Leder, Architekt und Christian Munz, Präsident Baukommission: Stellen das Projekt weiter anhand von Folien vor.

Stefan Semela: Ich glaube wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen sollten.

Abstimmung

Die SVP-Fraktion stellt hiermit den Antrag der Neubau Kindertagesstätte Goldiland Kreditantrag zur Rückweisung. Dieser Antrag wird mit 12 Ja- zu 23 Neinstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Willi Graf: Ich stelle den Antrag auf den Bau des Annex zu verzichten und den Baukredit um CHF 400'000 zu reduzieren. Für die Spielgeräte und die Kinderwagen ist ein geeigneter Platz unter der nördlichen Überdachung vorzusehen und die Umzäunung ist entsprechend anzupassen. Die für den Annex vorgesehene Fläche könnte für eine allenfalls zukünftig notwendige Erweiterung der Kindertagesstätte genutzt werden und ist dafür freizuhalten.

Mit Blick auf die zukünftigen Investitionen bin ich der Meinung, dass alle Sparmassnahmen gemacht werden müssen. Ich komme auf ein Votum der FDP vom 24. Oktober 2013 zurück: „Zwingend nötig, und es wäre schön zu haben, sollen unterschieden werden“. Ansprüche bei den Investitionen sind zu beachten. Der Gemeinderat wie auch der Einwohnerrat werden gefordert sein, die Investitionen genau anzuschauen. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass die Voten, die ich von der FDP-Fraktion gehört habe, nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben. Der Einwohnerrat müsste jetzt zur Tat schreiten und massgebliche Sparmassnahmen umsetzen.

Patrick Hehli: Beim Annexbau wird ja jetzt nicht mehr gesprochen, ob mit oder ohne Heizung. Was heisst das für das ganze Projekt, wenn der Annexbau wegfallen würde?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es würde bedeuten, dass wir das Raumprogramm nicht erfüllen würden. Wenn der Einwohnerrat entscheiden würde, den Annexbau zu streichen, dann würde dies beim Gemeinderat bedeuten, dass wir die Vorlage zurücknehmen. Der Gemeinderat müsste sich zuerst überlegen, wie die Nutzung im Annex im Hauptgebäude kompensiert werden kann. Dies kann nicht heute Abend errechnet werden, es müsste neu geplant werden. Weil wir nicht wissen, was die finanziellen Konsequenzen sind. Dies würde bedeuten, dass der Planungskredit nochmals erhöht werden müsste. Ob die Nutzung, die im Annex verloren geht und im Hauptgebäude kompensiert werden muss, günstiger kommt als die CHF 400'000, die eingespart werden könnten, ist noch offen. Wenn der Annex wegfällt, kann das Raumprogramm nicht mehr eingehalten werden. Wir müssen einen Ersatz für diese Räume haben.

Willi Graf: In der Vorlage ist unter dem Modul 1 vorgesehen, dass der Annex deutlich reduziert wird. Ich bin der Meinung, dort hätten die betrieblichen Konsequenzen abgeklärt werden sollen. Das ist ein Vorschlag in der Vorlage. Der Gemeinderat möchte auf dieses Modul nicht eintreten, aber schlussendlich würde es bedeuten, dass wenn das Modul 1 angenommen würde, nur noch Lagerräume im Annexbau untergebracht sind. Wenn es so ist, dass der Gemeinderat die Vorlage zurückziehen würde, wenn das Modul 1 angenommen würde, wieso hat man dann das Modul 1 überhaupt als Sparmassnahme aufgeführt? Dann wären die Sparmassnahmen ja gar nicht möglich gewesen. Und die Drohung, dass dann das Projekt zurückgezogen wird, ist für mich nicht relevant.

Christian Munz, Präsident Baukommission: Wir haben im Annexraum ja nicht nur das Gumpizimmer, sondern auch die Fläche für Velos und Kinderwagen. Wir haben die kalte und warme Nutzung. Wenn Sie den Annexbau ganz streichen, dann müssen Sie die Nutzung der Kinderwagenräume und Aussenspielgeräte an einem anderen Ort unterbringen. Das kann nicht heute geklärt werden, wie dies gelöst werden kann. Dann müsste über dies nochmals in der Baukommission und im Gemeinderat verhandelt werden.

Wir haben in der Baukommission diskutiert, was passiert, wenn das Gumpizimmer weggelassen wird. Der Annex kostet etwas, aber wir sind zum Schluss gekommen, dass dieser auch eine Funktion hat in diesem ganzen Projekt. Wenn dieser einfach weggelassen wird, dann muss das ganze Gebäude nochmals angeschaut werden. Ist dann der Eingang immer noch am richtigen Ort? Stimmt die Überdachung noch? Das muss der Gemeinderat sich zuerst überlegen.

Daniel Meier: In der Fraktion haben wir noch diskutiert, ob der Annexbau auch in einer Leichtbauweise erstellt werden könnte. Einerseits, damit dieser schneller abgebaut werden könnte bei einer allfälligen Aufstockung. Könnten auch nur einzelne Räume geheizt werden?

Ueli Zulauf: Ich kann mich noch gut an die Ratsdebatte erinnern, wo Josef Sieber im Namen der CVP-Fraktion mehrere Minuten einen Fragekatalog heruntergelesen hat. Es wurde eine Kommission eingesetzt und alle Fragen wurden beantwortet. Anschliessend wurde darüber im Einwohnerrat diskutiert. Nach dieser Diskussion wurde das Land erworben. Alles mit dem Ziel, die Tagesstrukturen zu verwirklichen. Bei diesem Projekt werden auch Sparvorschläge – soweit als möglich – berücksichtigt. Alle Wünsche vom Einwohnerrat sind realisiert. In der Baukommission, wo alle vertreten sind, wurde ein Projekt ausgearbeitet mit Sparmöglichkeiten. Jetzt stehen wir vor einer Entscheidung und jetzt können wir nicht wieder eine Baukommissionssitzung einberufen. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung und diese sollte nun getroffen werden. Jetzt stehen drei Möglichkeiten offen, entweder wir heissen den Antrag des Gemeinderates gut oder wir sagen zu einzelnen Sparmassnahmen ja oder das Projekt kann abgelehnt werden. Ich möchte dringend davon abraten, dass sich der Einwohnerrat in einer Detaildiskussion ver-

liert, welche das ganze Projekt wieder gefährdet. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag von Willi Graf abzulehnen, weil dadurch das ganze Projekt verzögert wird.

Josef Sieber: Das Modul 1 sagt uns ja, dass wir auf das Gumpizimmer und die Werkräume verzichten können. Was gebraucht wird, sind die Geräteräume, die Kinderwagen- und Veloabstellplätze. Es wird dann nicht von einer Änderung des Raumprogramms gesprochen. Ich verstehe nicht ganz, wieso der Gemeinderat bei einer Ablehnung des Annexbaus das Projekt zurückziehen möchte. Willi Graf sagt nur, dass mit der Streichung des Moduls 1 noch mehr gespart werden kann. Das Wesentliche ist, dass auf den teuren Annexbau verzichtet wird und das minimale Raumprogramm eingehalten wird.

Erich Schmid: Ich bin froh, dass wir weiter über das Projekt diskutieren können und der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion nicht angenommen wurde. Seit vier Jahren wird im Einwohnerrat über dieses Projekt gesprochen. Seit zwei Jahren wissen wir, wie die Architektur aussieht. Alle wussten, dass es sich um einen einigermaßen quadratischen Raum handelt. Jetzt kommen wir und sagen, das Projekt soll zurückgewiesen werden. Die Lichtschächte wurden von vielen Seiten kritisiert. Aber es muss eines klar gesehen werden, es ist ein quadratischer Grundriss und wenn wir die Lichtschächte nicht machen, dann haben wir ein Problem mit dem Tageslicht. Erich Schmid zeigt anhand eines Beispiels wie der Bau verändert werden müsste, dass jeder Raum Tageslicht bekommen würde.

Die SVP-Fraktion hat als einzige Partei gesagt, dass die vielen Glasflächen störend sind. Ansonsten wurde das ganze Hauptgebäude nicht kritisiert. Soweit wie wir dies verstehen, ist es eine gut ausgearbeitete Variante. Es ist ein gutes Projekt und es kostet auch etwas, das stimmt. Wenn die Kosten reduziert werden müssen, dann müssen die Randbedingungen geändert werden. Dann müssten wir die Plätze reduzieren. Die 60 Betreuungsplätze können nicht günstiger realisiert werden. Es können keine Millionen eingespart werden. Wenn noch 5% eingespart werden können, dann ist dies viel und es muss genau geschaut werden, wo diese Kosten noch eingespart werden können. Die Randbedingungen hat der Einwohnerrat vorgegeben, wenn diese jetzt geändert werden sollen, dann sind wir jetzt zu spät. Ich habe auch Mühe, wenn dies jetzt zurückgewiesen oder abgelehnt wird und dadurch nochmals mehrere hunderttausend Franken in einen Architekturwettbewerb investiert werden müssen. Das Geld sollte ins Gebäude fliessen und nicht nochmals in die Planung. Die CHF 1.5 Mio. für das Goldland war ein strategischer Kauf. Die CHF 1.5 Mio. können eingerechnet werden, das ist so. Ich möchte aber die Person im Einwohnerrat sehen, die dann die Erwerbskosten ebenfalls nochmals einrechnet, wenn ein Sportplatz realisiert werden soll. Ich erwarte in der nächsten Strassensanierung auch nicht, dass der Betrag für den Strassenkauf eingerechnet wird. Es würde eine Verzögerung von 2-3 Jahren geben. Die Zahlen vom Kirchweg 2 wurden genannt. Die Tendenz ist klar, dass es nicht weniger Kinder sein werden in den nächsten Jahren, daher sollte das Projekt jetzt angepackt werden.

Martin Leder hat es erläutert, es ist möglich, das Goldland zu erweitern.

Es wurde gefragt, ob man nicht ein besseres Projekt bekommt für weniger Geld. Vielleicht, aber wenn jetzt nochmals CHF 500'000 investiert werden müssen für die Planung, dann wird es nicht günstiger sein.

Ich habe noch eine Frage zur Umzäunung betreffend Stahlstelen, dort sind sämtliche Kosten inkl. Foundation, Aushub, usw. enthalten?

Christian Munz, Präsident Baukommission: Bei beiden Varianten ist der Preis ohne Foundation.

Erich Schmid: Die Foundation bei den Stelen ist teurer als beim Maschendrahtzaun. Ich beantrage, die Umzäunung, anstelle der vorgesehenen Stelen mit Kosten von CHF 110'000, durch eine normale Umzäunung, z. B. mittels Maschendrahtzaun, mit Kosten von CHF 85'000 zu ersetzen. Der Baukredit wird entsprechend um Kosten von CHF 25'000 reduziert.

Beim Modul 2 sind Präsenzmelder enthalten. Sollte das Modul 2 gestrichen werden, sollten die Präsenzmelder beibehalten werden. Daher beantrage ich dass trotz der Streichung des Moduls 2 die Präsenzmelder eingebaut werden. Der Baukredit wird deshalb um CHF 10'000 erhöht.

Brigitte Schmid: Ich bin dafür, dass der Annexbau gestrichen wird. Willi Graf hat einen guten Vorschlag gebracht, wie zusätzliche Einsparungen gemacht werden könnten. Ich bin zwar keine Architektin, aber aus meiner Sicht sollte es kein Problem sein, einen kleinen Anbau an das Hauptgebäude zu machen für die Aussenspielgeräte und die Kinderwagen. Ich bin der Ansicht, dass es keinen Abstellraum für Velos braucht, da es im OSOS genügend Platz hat.

Daniela Graubner: Ich habe noch eine Frage betreffend Lichthöfe im Obergeschoss. So wie ich Willi Graf verstanden habe, gibt es im Obergeschoss auch Dachfenster. Die dunklen Räume würden ja somit nicht dunkel bleiben. Die dunklen Räume würden ja nur im Untergeschoss anfallen.

Martin Leder, Architekt: Wir machen jetzt Architektur. Ich mache dies jetzt seit 20 Jahren und ich denke, dass ich Bescheid weiss, was es an Qualität braucht in den Räumen. Die oberen Räume könnten mit Oblichtern versehen werden. Was ist der Zweck davon. Will man die 60 m² nutzen? Momentan habe ich zwischen den drei Räumen im Obergeschoss eine Trennung durch die Lichthöfe. Wenn diese Fläche ebenfalls genutzt werden soll, dann habe ich keine Durchgänge mehr. Ob dies betrieblich dann funktioniert, das weiss ich momentan nicht. Das wäre wieder eine betriebliche Frage, die zuerst geklärt werden müsste. Die Fragen gehen weiter als nur, soll das Licht von oben kommen oder via Lichthöfe. Was für Nutzung brauchen die Betreiber? Im Untergeschoss haben wir ohne diese Lichthöfe kein Tageslicht. Dies kann ich als Architekt nicht verantworten. Es sind 12 m tiefe und 2.9 m hohe Räume und dort benötigt es immer künstliches Licht. Die Qualität der Räume ist für Kinder nicht mehr optimal. Es kann das ganze Gebäude mit künstlichem Licht gebaut werden, dann könnten die Lichthöfe und die Oblichter weggelassen werden, die Qualität der Räume leidet dann aber sehr. Es sind nicht die Nebenräume, welche durch künstliches Licht versorgt werden, sondern es sind die Haupträume, wo sich die Kinder aufhalten.

Therese Schneider, Gemeinderätin: In der Fachjury waren zwei unabhängige Fachexperten vertreten. Beide haben attestiert, dass dieses Projekt zweckmässig ist und dass die Lichthöfe sehr sinnvoll sind. Die Vorgaben sagen ganz klar, dass in den Kindertagesstätten Tageslicht vorhanden sein muss. Wenn auf die Lichthöfe verzichtet werden soll, dann muss das Projekt nochmals überarbeitet werden.

Willi Graf: Mir ging es nicht um die Lichthöfe. Ich wollte diese nicht in Frage stellen. Sie haben präsentiert, dass es im Obergeschoss ohne diese Lichthöfe dunkle Räume geben würde. Dies stimmt so nicht, da Oblichter bestehen.

An der Informationsveranstaltung hatten wir eine weitere Information, dass die Fläche der Lichthöfe 10 m² betrage. Erst auf meine Intervention haben Sie die Zahl auf 60 m² erhöht.

Weiter wurde an der Informationsveranstaltung verlangt, dass eine Berechnung gemacht wird mit einem Maschendrahtzaun anstatt der Stahlstelen. Heute bekommen wir eine andere Lösung. Der Maschendrahtzaun wurde gar nicht berechnet. Dies hat mich an Ihrer Präsentation und an der Informationsveranstaltung gestört. Gegen die Lichthöfe habe ich nichts, ich hätte nur gerne richtige Informationen.

Daniel Meier: Wenn ich den Plan anschau, dann sehe ich es richtig, dass gegen Süden nur im Gang ein Fenster besteht?

Martin Leder, Architekt: Ja.

Daniel Meier: Jetzt haben wir eine halbe Stunde über das Licht gesprochen. Gegen Süden haben wir nur im Gang ein Fenster. Kann man bei der Architektur nicht noch ein zusätzliches Fenster einplanen? Damit zumindest in den südlichen Räumen noch zusätzliches Licht generiert werden kann?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat mit der Unterstützung der Baukommission hat hier dem Einwohnerrat ein funktionelles Projekt vorgelegt. Es wurden Sparmassnahmen getroffen im Auftrag des Einwohnerrats. Wir haben jetzt ein Projekt, das funktioniert inkl. Annexbau. Der Gemeinderat hat das Modul 1 auch empfohlen. Alles, was jetzt am operativen Bereich geändert wird, macht das Projekt kaputt. Ich bin der Meinung, dass der Einwohnerrat jetzt gegenüber der Bevölkerung den Auftrag hat, ein Nagel einzuschlagen. Es ist an der Zeit, dass die Parteien Stellung beziehen und schauen, dass die Bevölkerung dem Projekt im November zustimmen wird. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen.

Micha Jetzer: Sie, Herr Leder, haben gesagt, dass Sie bereits 20 Jahre Erfahrung haben in der Architektur. Ich denke, dass Sie als Architekt mit Erfahrung in so grossen Projekten, Möglichkeiten sehen würden, wo noch Einsparungen gemacht werden könnten. Mir ist klar, dass Ihnen das Projekt am Herzen liegt und Sie dies so gerne ausführen würden. Ich bin aber davon überzeugt, dass es noch grössere Posten geben könnte, die eingespart werden könnten.

Martin Leder, Architekt: Der Auftrag wurde klar definiert, dass Einsparungen gemacht werden müssen. Die Genauigkeit der Kosten im Nachtragskredit betragen +/- 20%. Wir sind bei einer Punktlandung mit diesen CHF 6.35 Mio., die dort präsentiert wurden. Wenn ich jetzt als Architekt im Rahmen des Auftrages, den ich habe, einerseits das Raumprogramm und die betrieblichen Anforderungen vergleiche, dann ist dieses Projekt das, was möglich ist. Wenn gespart werden möchte, dann müsste man das Raumprogramm verändern.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich habe noch eine Ergänzung. Wir haben nicht nur die Module eingespart, sondern es wurden auch für CHF 287'000 Optimierungen vorgenommen. Dem gegenüber stehen noch die zusätzlichen Kosten, wie der Pumpschacht oder die Schadstoffanalyse.

Josef Sieber: Wir haben in diesem Rat schon diverse Male über Krippe und Tagesstrukturen diskutiert. Dabei wurde immer wieder festgehalten, dass Eltern mit genügend hohem Einkommen, die vollen Kosten bezahlen sollen. Ist das immer noch die Absicht des Gemeinderates?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja, wir haben eine gültige Tarifordnung.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion wird die Bevölkerung sicher auch noch darauf hinweisen, dass diese Investition höchstwahrscheinlich mit einer Steuerfusserhöhung zusammenhängen wird. Es stehen grosse Investitionen an und früher oder später muss der Steuerfuss erhöht werden. Ein politischer Entscheid kann getroffen werden, die Bevölkerung muss aber darüber informiert werden, was die Konsequenzen sind.

Josef Sieber: Unter Vollkosten verstehe ich alle Kosten, welche irgendwie entstehen wegen Krippe oder Tagesstruktur. Dazu zählen z.B. Amortisationen, Passivzinsen, Gebäudeunterhalt, Energie, Reinigung, Hauswart, usw. Ist es im Sinne von Kostentransparenz und Kostenwahrheit, wenn alle diese Kosten durch den Mietzins gedeckt werden?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es hat gewisse Punkte, die noch offen sind und mit dem Betreiber noch ausgehandelt werden müssen. Im Moment kann ich dazu nicht mehr sagen. Ich möchte einfach noch erwähnen, wenn ich mit der jetzigen Auslastung die Berechnung anstelle, dann macht die Miete zwischen 11-13% der Gesamtvollkosten aus, die der Betrieb hat. Das sind aber die Gesamtvollkosten, welcher der Betrieb hat. Je nach dem was der Betrieb noch an Bundessubventionen erhält, obliegt es ihm, ob der festgelegte Tarif reicht, um die Kosten zu decken. Eine Tarifierfassung tragen sowohl die Eltern, als auch die Gemeinde. Der Mietzins betrifft relativ wenig der Gesamtvollkosten. Der grosse Betrag sind die Personal-

kosten, diese machen ca. 80% aus. Beim Start der Tagesstrukturen ging man davon aus, dass die Gemeinde 60% und die Eltern 40% der Kosten tragen werden. Im Moment zahlen die Eltern 60% und die Gemeinde 40%. Die Tagesstrukturen sind vom Gemeindebetrag unter dem Budget. Wir werden eine sehr gute Budgetierung haben, wenn man davon ausgeht, dass die bestehenden 36 Kinderkrippenplätze in die Tagesstrukturen übergehen, wobei das Einkommen der Eltern gleich bleiben wird. Dies gibt eine sehr grosse Planungssicherheit. Aus diesem Grund ist es auch so einzigartig in der Umgebung, dass die Kinderkrippe und der Verein Kindertagesstätte unter einem Verein geführt wird.

Peter Marten: Wenn man jongliert mit Zahlen, dann kann es vorkommen, dass einmal eine Zahl auf den Boden fällt. Dies ist jetzt zwei Mal vorgekommen. Wenn man von Transparenz spricht und von Kostenwahrheit, dann würde es den Rahmen des heutigen Abends sprengen. Dann müsste man über die Vollkostenrechnung sprechen von dieser Gemeinde und ich kann Ihnen garantieren, das ist eine ganz andere Kiste, als das was wir jetzt diskutieren.

Man kann Sachen auch einfach darstellen. Wenn man sagt, nur wegen diesem Projekt wird es eine Steuerfusserhöhung geben, dann ist dies nicht ganz wahr.

Erich Schmid: Die Aussage der SVP-Fraktion betreffend Steuerfusserhöhung infolge diesem Projekt ist machbar. Ich erwarte dann aber, wenn wir mit einem Projekt kommen, das der SVP genehm ist, z. B. der Sportplatz, dann müsste auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Steuerfuss erhöht werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stefan Semela: Bevor wir zur Abstimmung kommen, machen wir kurz eine Pause damit ich die Anträge ordnen und das Vorgehen besprechen kann.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, noch einige Erläuterungen von meiner Seite. Wir werden über jeden Antrag einzeln abstimmen. Bei zwei Anträgen geht es um eine Reduktion der Kreditsumme und bei zwei Anträgen um eine Erhöhung.

Wir kommen zuerst zum Antrag von Willi Graf. Da der Betrag von CHF 400'000 nicht die effektiven Einsparungen darstellen und nicht klar ist, woher der Betrag kommt, wird bei diesem Antrag einfach über die Streichung des Annexbaus abgestimmt. Therese Schneider hat es bereits erwähnt, sollte dieser Antrag angenommen werden, dann würde der Gemeinderat, den Kreditantrag zurückziehen.

Abstimmungen

Antrag Willi Graf: Auf den Bau des Annex ist zu verzichten. Dieser Antrag wird mit 13 Ja- zu 22 Neinstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Erich Schmid: Bei der Umzäunung sind CHF 25'000 einzusparen. Der Baukredit wird entsprechend reduziert. Dieser Antrag wird mit 9 Ja- zu 17 Neinstimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Anna Katharina Hess: Das Kosteneinsparungsmodul M4 ist zu streichen und der Baukredit um CHF 150'000 zu erhöhen. Dieser Antrag wird mit 7 Ja- zu 20 Neinstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Erich Schmid: Trotz Streichung des Moduls 2 sollen die Präsenzmelder eingebaut werden. Der Baukredit wird deshalb um CHF 10'000 erhöht. Dieser Antrag wird mit 7 Ja- zu 18 Neinstimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat bewillige den Baukredit Goldiland in der Höhe von CHF 5'563'000. Dieser Antrag wird mit 22 Ja- zu 12 Neinstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Stefan Semela: Aus familiären Gründen musste Frau Amrein, die Sitzung verlassen. Es sind jetzt noch 34 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

7 2014.27 Werkleitungssanierungen Landstrasse K114, Kirchdorf; Projekt und Kredit von 440'000 Franken

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Am 30. April 2014 hat der Gemeinderat das Projekt vorgestellt. Da sich das Projekt im Ausserortsbereich befindet, hat die Gemeinde dazu nicht viel zu sagen, dafür muss auch nichts daran gezahlt werden. Unsere Wasserversorgung möchte aber gleichzeitig die Leitungen sanieren, d. h. Wasser- und Kanalisationsleitungen sowie die Beleuchtung. Anhand einer Folie werden die Pfördneranlage sowie die Kosten aufgezeigt. Für die Werkleitungen würde dies einen Betrag von CHF 440'000 gegeben. Der Baubeginn wird ungefähr Sommer/Herbst 2015 sein. Die Bauvollendung sollte im Sommer 2016 stattfinden, sofern der Kanton sich mit dem Landabgeber, Stefan Müller, einigen kann. Ich möchte Sie darum bitten, dem Antrag zuzustimmen, wenn der Kanton schon eine Strasse aufbricht, dann sollten die Werkleitungen im gleichen Moment erneuert werden können.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion hat dem vorliegenden Bericht einstimmig zugestimmt. Trotzdem haben wir uns noch die Frage gestellt, wieso dies so schnell behandelt werden kann und beim Goldiland wurde so lange diskutiert. Es ist ganz einfach, hier können wir als Drittbrettfahrer mitfahren und können Kosten einsparen.

Eugen Paul Franz: Auch die SVP-Fraktion, hat über den Antrag der Werkleitungssanierungen diskutiert. Wir sind der Auffassung, dass die Gelegenheit genutzt werden soll und die Werkleitungen zusammen mit dem Kanton erneuert werden sollten. So können die Kosten gering gehalten und die Strasse muss nur einmal geöffnet werden. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Daniel Meier: Die Sichte ist nächstes Jahr im August. Ich möchte Sie bitten, wenn dies möglich ist, erst nach diesem Anlass mit der Sanierung zu beginnen.

Franziska Grab, Vizeammann: Aus diesem Grund wurde auch Sommer/Herbst geschrieben. Ich denke, da lässt der Kanton noch mit sich verhandeln.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag des Gemeinderats: Das Projekt „Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf“ wird genehmigt und dafür ein Kredit von 440'000 Franken brutto inkl. MwSt., Preisstand 1. Quartal 2014, bewilligt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

8 2014.28 **Wasserversorgung, Notwasserbindung mit der Gemeinde Untersiggenthal; Kreditgenehmigung**

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Wie Sie der Presse vom 6. Mai 2014 entnehmen konnten, besteht bereits eine Notwasserbindung mit der Stadt Baden. Der Grund dafür ist, dass die Schutzbestimmungen so verschärft wurden, dass unser Pumpwerk Au im Jahre 2020 ausser Betrieb genommen werden muss. Auch die Stadt Baden muss verschiedene Pumpwerke vom Netz nehmen. Damit unsere Versorgung sichergestellt werden kann, fehlt nur noch ein Verbindungsstück. Anhand einer Folie wird das Verbindungsnetz unter den Gemeinden aufgezeigt. Da Baden ebenfalls am Limmatstrom angehängt ist, hätten wir ein Problem, wenn es darin eine Verunreinigung geben würde. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir mit Untersiggenthal das letzte Verbindungsglied noch realisieren. Untersiggenthal wird mit dem Aaregrundstrom versorgt. Die Notwasserbindung wird zusammen mit der Busspur realisiert. Die Kosten belaufen sich auf CHF 570'000. Da aber die Gemeinden Unter- und Obersiggenthal gleichermassen davon profitieren, werden die Kosten halbiert. Die Gemeinde Untersiggenthal wird diesen Betrag ins Budget 2015 aufnehmen. Es ist immer in Abhängigkeit, dass das Budget der Gemeinde Untersiggenthal durch die Stimmberechtigten im Herbst genehmigt wird.

Willi Graf: Auch hier hat die CVP-Fraktion darüber diskutiert. Auch hier kamen wir zum gleichen Schluss, die Notwendigkeit ist gegeben und die Kosten können reduziert werden, wenn es zusammen mit der Busspur realisiert wird.

André Kummer: Der Notwasserverbund mit Untersiggenthal ist eine sinnvolle Lösung für die Zukunft. Insbesondere, da man den Zugang zur Wasserversorgung aus der Region Brugg erhält. Das Trinkwasser ist ein enorm wichtiges Gut, welches jeden Tag mehrfach benötigt wird. Aus diesem Grund müssen wir Sorge tragen zu unserem Wasser und die Wasserversorgung Obersiggenthal auch in Zukunft gut unterhalten. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion diesem Antrag einstimmig zu.

Patrick Hehli: Ich habe noch eine hypothetische Frage. Was wäre, wenn die Busspur aus Gründen von Einsparungen, usw. nicht so schnell realisiert werden kann? Was wird dann mit diesem Projekt gemacht?

Franziska Grab, Vizeammann: Die Notwasserbindung ist schon seit fünf Jahren geplant, dann würde man noch weiter warten, bis dieser Abschnitt saniert wird. Irgendwann muss diese Strasse saniert werden, dann wird die Notwasserbindung dann erstellt. Die Ausnahme wäre, wenn sich die Situation in der Notwasserbindung so verändern würde, dass es doch eher erstellt werden muss.

Patrick Hehli: Wenn die Busspur nicht so schnell realisiert werden könnte, dann würde man mit der Notwasserverbindung warten, ausser es wäre ein Notfall.

Franziska Grab, Vizeammann: Ja.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag des Gemeinderats: Das Projekt für die Erstellung einer Notwasserverbindung zwischen den Gemeinden Obersiggenthal und Untersiggenthal wird vorbehältlich der Zustimmung der Gemeinde Untersiggenthal genehmigt und hierfür ein Kredit von CHF 285'000, brutto inkl. MwSt., (=50% Anteil Gemeinde Obersiggenthal) bewilligt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

9 2014.29 Umfrage

Stefan Semela: Bevor ich das Wort Dieter Martin zur Beantwortung der Anfrage betreffend Alstom übergebe, habe ich noch ein Anliegen von Romana Giandico. Die Protokollführerin wäre über vorbereitete Voten in elektronischer Form sehr froh, damit das Verfassen des Protokolls vereinfacht werden könnte.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt zur Anfrage der CVP-Fraktion vom 15. Mai 2014 wie folgt Stellung:

- *Frage: Hat der Gemeinderat seinen Einfluss in Bezug auf die Erhaltung der Arbeitsplätze wahrgenommen oder was ist diesbezüglich geplant?*

Der Gemeinderat Obersiggenthal verfolgt aufmerksam die aktuelle Entwicklung um die Angebote zur Übernahme der Energiesparte von Alstom durch General Electric GE und Siemens. Er steht in diesem Zusammenhang in engem Kontakt mit dem Regierungsrat und tauscht sich regelmässig aus. Der Gemeinderat weist ferner darauf hin, dass der Aargau ein wirtschaftsfreundlicher Kanton mit ausgezeichneten Forschungs- und Technologiekompetenzen ist. Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sind hier bestens vernetzt. Auch das Unternehmen Alstom profitiert von einer hervorragenden Wirtschaftsstruktur sowie dem hier existierenden Energie-Cluster. Hinzu kommen ein gut funktionierender Arbeitsmarkt für Fachkräfte sowie die Nähe von weltweit renommierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen (ETH Zürich, Universität Zürich, Paul Scherrer Institut).

- *Frage: Wie wird die Zusammenarbeit mit den ebenfalls betroffenen, umliegenden Gemeinden wahrgenommen?*

Der Gemeinderat Obersiggenthal wird sich zusammen mit den anderen Regionsgemeinden für den Standort Baden einsetzen, sobald klar ist, ob es zum Verkauf vom Alstom kommt und wenn ja zu welchem Käufer.

- *Frage: Hat der Gemeinderat seine Einflussmöglichkeiten in "gewichtigeren" Gremien, wie z.B. Baden Regio, Regierung des Kantons Aargau wahrgenommen?*

Der Gemeinderat von Obersiggenthal hat am 5. Mai mit dem Präsidenten von Baden/Regio Kontakt aufgenommen und seinen Einfluss geltend gemacht. Der Gemeinderat steht zudem in engem Kontakt mit dem Regierungsrat.

- *Frage: Welche Auswirkungen hätte eine Aufgabe des Standortes auf Obersiggenthal?*

Die direkten Folgen für die Gemeinde Obersiggenthal sind aus heutiger Sicht nicht absehbar, weil wir nicht wissen, ob es eine Standortverschiebung geben wird und wie die ca. 200 Alstom-Angestellten, die in Obersiggenthal wohnen, betroffen sein werden.

Die Alstom (Schweiz) AG ist der wichtigste private Arbeitgeber im Kanton Aargau. Der Gemeinderat ist deshalb zuversichtlich, dass das Unternehmen auch in Zukunft eine sehr wichtige Rolle spielen wird. Die Alstom (Schweiz) AG ist mit ihren Qualitätsprodukten, Dienstleistungen sowie Entwicklungs- und Engineering-Kompetenzen hervorragend positioniert. Es ist davon auszugehen, dass auch ein neuer Eigentümer diese überzeugenden Stärken in allfällige Standortüberlegungen einbeziehen wird und entsprechend zu würdigen weiss. Hinzu kommt, dass die Schweiz ein sehr attraktiver, stabiler und vorteilhafter Wirtschaftsstandort ist. Dies trifft in ganz besonderem Masse auch auf den Triple-A-Kanton Aargau (Bewertung Standard & Poor's) zu.

Die Gemeinde Obersiggenthal ist als Wohngemeinde sehr attraktiv und wird dies auch in Zukunft bleiben. Wir sind verkehrsgünstig sehr gut angeschlossen. Die starke Wirtschaftsregion Baden ist schweizweit bekannt und wird sicherlich auch inskünftig Firmen aus dem Limmattal und dem Raum Zürich anziehen. Damit Obersiggenthal für die Mitarbeiter in der Region Baden als Wohngemeinde attraktiv bleibt, sind der Erhalt und die Sicherstellung der nachgefragten Infrastrukturen unabdingbar. Dazu gehören unter anderem auch die Kindertagesstätte (mit Tagesstrukturen und Kinderkrippe) und die Schulraumplanung. Der Gemeinderat sieht es aus heutiger Sicht als nicht angezeigt, diese Projekte zu stoppen oder anzupassen.

Stefan Semela: Ich komme zwei Mal mit dem Thema Fussball bei der Umfrage. Zuerst betrifft es die Anfrage des Wettinger-Fests, wie alle Jahre wieder. Der Termin wäre der 5. Juli 2014 es benötigt fünf Feldspieler und einen Goalie. Es wäre schön, wenn dies zu Stande kommen würde.

Weiter habe ich noch einen Hinweis betreffend Public Viewing der Vereinigung Kirchdorf in der Zeit vom 13.-15. Juni 2014 auf dem Böndler. Auf der Leinwand sind die Anspielzeiten und die Partien ersichtlich. Über ein zahlreiches Erscheinen würde sich die Vereinigung Kirchdorf freuen.

Patrick Hehli: Wenn die Fussballmannschaft wieder einmal zu Stande kommen würde, wäre dies eine super Sache. Ich bin zuversichtlich, dass eine Mannschaft zusammengestellt werden kann.

In der Zeitung konnte die Geschichte betreffend Parkplätze gelesen werden. Anscheinend drängt dies nicht nur in Obersiggenthal, sondern auch noch in anderen Gemeinden. Dieser Bericht wurde nicht von mir ausgelöst, weil der Gemeinderat die sechsmonatige Frist für die Beantwortung überzogen hat, dies ist anscheinend ein grösseres/regionales Problem. Ich hoffe, wenn man schon erfährt, dass in der Nachbarschaft die gleichen Probleme bestehen, dass mit diesen Kontakt aufgenommen wird.

Silvia Dingwall Stucki: Bevor wir uns im September wieder sehen, findet am 29. Juni, das Fest der Nationen statt, wo man auch die Möglichkeit hat, die Spiele zu sehen. Ich hoffe es werden viele dabei sein.

Brigitte Schmid: Peter Marten, Du hast in Deinen Ausführungen erwähnt, dass bei den Strassenbeleuchtungen Einsparungen möglich sind. Hat sich der Gemeinderat bereits Gedanken gemacht, wie Energie gespart werden kann? In Baden wird in gewissen Quartieren ab einer bestimmten Zeit die Strassenbeleuchtung abgeschaltet.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir haben im September eine Einwohnerratsvorlage, in der es um die Strassenbeleuchtung geht. Dort werden auch Antworten enthalten sein, wobei es um dieses Thema geht.

Christian Keller: Ich möchte noch etwas sagen zum letzten Geschäft, das heute behandelt wurde. Der Kanton nimmt Geld in die Hand, um die Busspur auszubauen. Da kann ich als Grüner nichts dagegen haben, wenn die ÖV-Benutzer endlich pünktlich auf den Bahnhof kommen. Dies ist ein grosses Problem im Siggenthal. Der Preis dafür ist aber sehr hoch, es wird sehr viel Kulturland an bester Lage verbaut. Ich wüsste hier eine bessere Lösung, in dem man einfach eine Ampel hinstellen würde für den Bus, dann müsste das Land nicht verbaut werden. Ich möchte den Gemeinderat bitten, beim Kanton vorstellig zu werden und zu schauen, ob das verlorene Kulturland an einem anderen Ort kompensiert werden kann. Ein Beispiel wäre die Aufhebung von überflüssigen Parkplätzen. Dann hätte man bei der Parkplatzbewirtschaftung weniger zu tun. Es gibt weiter überdimensional breite Strassen, die zurückgebaut werden könnten. Die letzte Variante wäre, wenn Land wieder ausgezont werden würde. Gibt es Möglichkeiten, dass man beim Kanton vorstellig werden kann?

Franziska Grab, Vizeammann: Ich müsste an der nächsten Einwohnerratssitzung eine Antwort geben, ob dies überhaupt möglich ist.

André Kummer: Ich komme wieder einmal auf das Thema Abfall zurück. Bei der Sammelstelle im Markthof sind wieder zwei grosse schwarze Abfallsäcke gestanden. Wird diese Kamera ausgewertet? Bei der Sammelstelle Kirchdorf hatte es grosse Glasschalen, die nicht entsorgt werden konnten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es ist grundsätzlich eine schwierige Frage. Einerseits wird die Kamera ausgewertet, aber man müsste die Personen auch noch erkennen auf den Bildern.

Eugen Paul Frunz: Bei der nächsten Einwohnerratssitzung geht es um zwei neue Feuerwehrfahrzeuge. In diesem Zusammenhang hat die Feuerwehr am 28. Juni 2014 Tag der offenen Magazine. Es wäre schön, wenn viele vorbeischauen würden.

Stefan Semela: Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratssitzung. Das Restaurant Hirschen hat bereits geschlossen. Das Feierabendbier müsste in einem anderen Restaurant eingenommen werden.

Der Präsident:

Stefan Semela

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler